



Protokoll Einwohnerratssitzung

8. Sitzung

Montag, 31. Oktober 2022, 19:00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Christian Oehler, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 47 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Andrea Huckele, Leiterin Rechtsdienst
Mathias Schneider, Leiter Betrieb Infrastruktur und Sport

Entschuldigt: Silvano Ammann, Einwohnerrat
Cornelia Forrer, Einwohnerrätin
Cédric Zubler, Einwohnerrat
Daniel Roth, Stadtschreiber



Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	329
2. Anfrage Christoph Müller (SVP), KIFF (Kultur in der Futterfabrik) - Ausmass der zukünftigen Unterstützung	330
3. Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Plakatierung	332
4. Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Kompetenzregelung Gebührenreduktion oder -befreiung	336
5. Postulat 1d Grüne, Grünliberale: Solarbetriebene Ladestationen auf städtischen Parkplätzen	337
6. Postulat 1e Grüne, Grünliberale: Entsiegelung von Restflächen	340
7. Postulat 2 Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: Netto-Null-Strategie für städtische Betriebe, Beteiligungen etc.	343
8. Postulat 3a Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW und Pro Aarau: Vergünstigtes Carsharing für Firmen	345
9. Postulat 4a Grüne, Grünliberale: Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030	347
10. Postulat 4c Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW und Pro Aarau: Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt	349
11. Postulat 4e Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: 100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungsersatz	354
12. Postulat 4f Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier	355
13. Postulat Aaron Bürki (SP): Gemeinschaftsstrassen während den Sommerferien	357
14. Bürgermotion Michael Schibli: Förderung der Aufrüstung von Ladeinfrastruktur in Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Gewerbeliegenschaften	359



15. Postulat Laszlo Etesi, Ursula Funk, Alois Debrunner, Anja Kaufmann (SP): Eine vorausschauende, breit abgestützte und nachhaltige Stadtentwicklung für Aarau und seine Quartiere!	360
16. Postulat Laszlo Etesi (SP), Beatrice Klaus (SP), Simone Silbereisen (SP), Ursula Funk (SP): "Barrierefreie Kommunikation in leicht verständlicher Sprache"	361
17. Motion Pascal Benz, Rainer Lüscher, Nicole Lehmann (FDP), Dieter Wicki (Die Mitte), Peter Jann (GLP): Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur	365
18. Motion Pascal Benz (FDP): Nutzungsneutrale städtische Liegenschaften	369
19. Kreditabrechnung Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe	371
20. Kreditabrechnung Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanierung und Mieterausbau	372
21. Kreditabrechnung Kreuzplatz, Instandstellung Tunneleinfahrt bis Gais-Kreisel	373
22. Kreditabrechnung Dufourstrasse, Kanalisationserneuerung	374
23. Kreditabrechnung Igelweid, Sanierung, Oberflächenaufwertung	375
24. Kreditabrechnung Igelweid, Kanalisationserneuerung	376
25. Kreditabrechnung Neubau 2 Unterflursysteme Altstadt	377
26. Kreditabrechnung Lerchenweg (Gotthelfstrasse - Brügglifeldweg), Kanalisationserneuerung	378



Traktandum 1

Mitteilungen

Christian Oehler, Präsident: Ich heisse Sie zur heutigen Sitzung herzlich willkommen. Von der prall gefüllten Traktandenliste wurden einzelne Traktanden zurückgezogen und stehen somit heute nicht zur Diskussion. Mir wurde eröffnet, dass Traktandum 14, Bürgermotion Michael Schibli, sowie Traktandum 15, Postulat Laszlo Etesi, zurückgezogen wurden und die Motion von Pascal Benz im Traktandum 17 in ein Postulat umgewandelt wurde. Ich komme bei den entsprechenden Traktanden nochmals darauf zurück. Heute sind 47 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 24.

Entschuldigt haben sich vom Einwohnerrat Silvano Ammann, Cornelia Forrer und Cédric Zubler. Der Stadtrat ist vollzählig anwesend.



Traktandum 2

Anfrage Christoph Müller (SVP), KIFF (Kultur in der Futterfabrik) - Ausmass der zukünftigen Unterstützung

Christian Oehler, Präsident: Am 27. September 2022 hat Einwohnerrat Christoph Müller eine Anfrage betreffend KIFF (Kultur in der Futterfabrik) – Ausmass der zukünftigen Unterstützung eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Ist es korrekt, dass der Stadtrat (zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage) beabsichtigt, dem KIFF auch in Zukunft Unterstützung im Umfang von CHF 381'000 pro Jahr zukommen zu lassen? Oder ist geplant, diesen Betrag deutlich tiefer/höher (also ausserhalb der Bandbreite CHF 370'000 bis CHF 395'000) festzulegen für die nächsten paar Jahre vor dem Bezug des Neubaus? Deutliche Abweichungen bitte begründen.

Der Stadtrat beabsichtigt, dem KIFF auch in Zukunft einen jährlichen Beitrag in Höhe von 381'000 Franken auszurichten. Der aktuelle Leistungsvertrag mit dem KIFF läuft von 2022 bis 2024, umfasst die gegenseitigen Leistungen und Pflichten und damit auch die Höhe des städtischen Beitrages in der Höhe von 381'000 Franken. Im Jahr 2024 wird der Leistungsvertrag wiederum für die drei Folge-Jahre 2025, 2026 und 2027 verhandelt und dabei auch die Höhe des städtischen PREMIUM-Beitrages geprüft.

Frage 2:

Unterliegt der Kulturförderbeitrag für das KIFF einer Indexierung, die unter bestimmten Teuerungsszenarien zu automatischen Beitragserhöhungen führen könnte?

Die Kulturförderbeiträge generell und auch derjenige an das KIFF unterliegen keiner Indexierung, die zu automatischen Beitragserhöhungen führen.

Frage 3:

Unter der Annahme, dass der KIFF-Neubau tatsächlich erstellt wird und irgendwann im Jahre X (voraussichtlich im Zeitraum 2026 bis 2028) in Betrieb genommen wird, wie wird sich die Inbetriebnahme des Neubaus auswirken auf die jährlichen Kulturförderbeiträge für das KIFF ab Bezug Neubau, also für die Jahre X, X+1, X+2, ...? Es interessiert hauptsächlich die Einschätzung des Stadtrats, ob das Ausmass der jährlichen Kulturförderung für das KIFF mit dem Bezug des Neubaus a) eher zunehmen oder b) eher abnehmen wird, oder ob c) keine signifikanten Veränderungen (d.h. nicht grösser als $\pm 5\%$) zu erwarten sind.

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 4:

Falls signifikante Veränderungen zu erwarten sind, kann der Stadtrat diese kurz begründen? Z.B. im Stile von "Die Gastronomie-Erträge werden mit dem Bezug des Neubaus deutlich steigen, so dass der Stadtrat eine Reduktion des Kulturförderbeitrags für das KIFF im Ausmass von ca. CHF 75'000 p.a. als realistisch einschätzt."



Siehe Antworten zu Fragen 1 und 2.

Keine Bemerkungen und Ergänzungen zu dieser Beantwortung.



Traktandum 3

Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Plakatierung

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 4. Juli 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

1. *Die Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Plakatierung wird gutgeheissen.*
2. *Das Postulat "Plakatverordnung" von Ivica Petrusic (SP) (GV 2010 – 2013 / 6) wird abgeschrieben.*

Zu diesem Geschäft liegt von Nicola Müller folgender

Abänderungsantrag

vor:

Es sei die Fussnote in § 2a Abs. 1 des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds ersatzlos zu streichen.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Sprecher ist Urs Winzenried. Daraufhin bekommt der Antragsteller die Möglichkeit, sich zu äussern. Bei Bedarf kann der Motionär noch ein Referat halten. Anschliessend folgen die Diskussionen im Einwohnerrat, die Stellungnahme des Stadtrates sowie die Abstimmungen.

Urs Winzenried, Mitglied: Die FGPK hat das Geschäft intensiv aber kurz behandelt. Als Auskunftsperson stand Stadtschreiber Daniel Roth zur Verfügung. Er hat erwähnt, dass die Stadt Aarau heute über keine konkrete Regelung für die Plakatierung im öffentlichen Raum verfügt und dass heute grundsätzlich eine Bewilligungspflicht besteht. Mit der Ergänzung des Reglements durch den Paragraphen 2a wird eine bewilligungsfreie Plakatierung bei Wahlen und Abstimmungen ermöglicht. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, bei Missständen einzuschreiten oder Beschränkungen zu erlassen. Die Auskunftsperson hat erläutert, dass mit der Ergänzung im Reglement Klarheit geschaffen wird, in welchen Gassen inskünftig eine Plakatierung nicht zulässig ist. Schlussendlich hat die Auskunftsperson ausgesagt, dass bei Ablehnung dieser Botschaft eigentlich gar keine Plakate im öffentlichen Grund mehr aufgehängt werden dürften. Nach einer kurzen Diskussion hat eine Mehrheit der FGPK die Ergänzung des Reglements begrüsst. Eine Minderheit der FGPK hat die Ergänzung als nicht notwendig und nicht zweckdienlich erachtet, weil die vorhandenen kantonalen und bundesrechtlichen Regelungen zweckdienlich und ausreichend seien. Gemäss Schlussabstimmung beantragt die FGPK dem Einwohnerrat mit 5 zu 1 Stimme, die Ergänzung des Reglements mit dem Paragraph 2a im Sinne der stadträtlichen Botschaft zu genehmigen. Einstimmig beantragt die FGPK, das Postulat abzuschreiben.

Hannah Wey, Mitglied: Auch wir Grünen haben an der Vernehmlassung zur Plakatierung teilgenommen. Wir begrüssen die neue Reglementierung und die plakatfreie Innenstadt und wir hoffen auch, dass der Paragraph bezüglich fragwürdigen Plakaten mit anstössigem oder rechtswidrigem Inhalt erst gar nie zum Zug kommen muss. Ich möchte aber trotzdem noch auf zwei Beobachtungen eingehen, die ich bei den letzten zwei Wahlen gemacht habe. Es ist mir aufgefallen, dass das Merkblatt zu erlaubten Plakatierstandorten



nicht genügend bekannt ist, was gerade bei Zebrastreifen oder Kreuzungen zu gefährlichen Verkehrssituationen führen kann. Ich begrüsse es deshalb, dass das Merkblatt im Reglement in der Fussnote aufgeführt wird, bin aber mit der SP einig, dass der Direktlink ungeschickt ist. Die zusätzlich gut sichtbare Positionierung auf der Homepage der Stadt finde ich eine tolle Idee. Ich bitte die Plakatierverantwortlichen, bei den nationalen Wahlen im nächsten Jahr die bisherigen Plakatstandorte mit Hilfe des Merkblatts zu überdenken und das Merkblatt allen Helfern zuzusenden. Im Weiteren habe ich beobachtet, dass sich mehrere Parteien um das Plakatieren ab Mitternacht 00.00 Uhr fütieren und bereits am Nachmittag und am Abend zuvor ihre Plakate aufhängen. Das ist ein ziemlich unfaires Verhalten, aber ich kann es teilweise auch nachvollziehen, denn die Nachtschicht mit Run auf die letzten Plakatstandorte ist wirklich anstrengend, wenn man am Montagmorgen früh wieder zur Arbeit gehen muss. Ich bin deshalb ein wenig unglücklich darüber, dass es andere Aargauer Gemeinden schaffen, den Zeitpunkt des Plakatierstarts anzupassen, aber Aarau, infolge einiger kantonaler Plakatstandorten, nicht. Ich schlage deshalb vor, dass wir uns überparteilich und ohne entsprechenden Paragraphen im Reglement darauf einigen, dass das Plakatieren im nächsten Jahr erst am Sonntag um 8 Uhr beginnt. Wir Grünen werden uns daran halten. Die Grünen werden beiden Anträgen des Stadtrats, sowie auch dem Zusatzantrag der SP, zustimmen.

Leona Klopfenstein, Mitglied: Ich rede auch noch kurz zu unserem Antrag und zwar als SP-Fraktion. Dieser ist eigentlich ziemlich selbsterklärend. Es geht darum, dass in den Fussnoten auf ein Merkblatt des Kantons verwiesen wird. Dieses kann jederzeit abgeändert werden. Deshalb wollen wir beliebt machen, dass man dazu auf der städtischen Homepage einen Verweis machen würde. Dieser sollte gut sichtbar sein und auch immer aktuell gehalten werden. Wir begrüssen die Reglementsänderung und finden es toll, dass weiterhin keine Bewilligung eingeholt werden muss. Wir verstehen auch, dass man in der erweiterten Altstadt und auch an Bäumen keine Plakate aufhängen sollte. Es freut uns, dass das Postulat von Ivica Petrusic nach zehn Jahren doch jetzt endlich behandelt wird und wir gehen davon aus, dass es nicht so schwierig ist, auf diskriminierende, sexistische und rassistische Inhalte zu verzichten.

Susanne Heuberger, Mitglied: Im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat sich die SVP bereits anlässlich der seinerzeitigen Vernehmlassung dafür ausgesprochen, dass man die beantragte Reglementsänderung bezüglich Plakatierung nicht vornimmt. Wir sind damit nicht einverstanden. An unserer ablehnenden Haltung hat sich zwischenzeitlich nichts geändert. Folglich sprechen wir uns auch heute Abend gegen eine Anpassung und damit gegen die Verschärfung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds aus und werden geschlossen Nein stimmen. Die SVP-Fraktion erachtet die existierenden kantonalen Vorgaben, beziehungsweise Vorschriften, über die Plakatierung auf öffentlichem Grund als zweckdienlich und absolut ausreichend. Strengere kommunale Regelungen, wie sie der Stadtrat für Aarau vorsieht, sind unnötig und würden zu einer Überregulierung der Plakatierung auf städtischem öffentlichem Grund führen und auch eine Ungleichbehandlung zwischen der erweiterten Altstadt und allen anderen Aarauer Quartieren auslösen, ja sogar zementieren. Perimeterausnahmen soll es nicht geben. Die Plakatierung dient unter anderem dazu, Informationen zu verbreiten, etwas für die Meinungsbildung zu tun. Einen gewissen Rayon davon auszunehmen, finden wir nicht richtig. In der Altstadt selbst ist man sowieso bei der Plakatierung eingeschränkter und es wird automatisch weniger plakatiert. Der Auslöser für die seinerzeitige Einreichung des Postulats von Ivica Petrusic war die Diskussion im Zusammenhang mit den Plakaten der Minarett-Initiative und in der Folge davon generell die Frage, wann Plakate anstössig oder diskriminierend sind oder als solche wahrgenommen werden. Diesbezüglich möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bereits eidgenössische Normen existieren, die allfällige Verstösse wie Rechtswidrigkeit, Sittenwidrigkeit, Persönlichkeitsverletzungen und Rassismus sehr gut regeln und, falls erforderlich, auch entsprechend ahnden. Es ist deshalb nach unserer Auffassung falsch, wenn der



Stadtrat neue Kompetenzen erhalten soll, womit nach eigener Wahrnehmung und eigenem Gutdünken Plakate als anstössig oder rechtswichtig deklariert und entfernt werden können. Derartige Kompetenzvergaben alleine an den Stadtrat sind nach unserer Ansicht nicht statthaft. Seit der Überweisung des Postulats von Ivica Petrusic im März 2010, also vor 12 Jahren, hat sich in Aarau nie ein Regelungsbedarf für eine Plakatverordnung ergeben. Warum nicht? Es ist in dieser Richtung zu keinerlei Verstössen gekommen. Und das zeigt klar, dass das Postulat unnötig ist. Es braucht weder Anpassungen, noch Verschärfungen auf kommunaler Ebene. Auf eine Änderung des Reglements ist deshalb gänzlich zu verzichten. Das Postulat selbst hätte man schon lange abschreiben können. Aus diesem Grund werden wir die Abschreibung des Postulats unterstützen. Der Antrag der SP zur Streichung der Fussnote macht auf jeden Fall Sinn. So etwas gehört nicht in ein Reglement. Für uns steht fest, dass nur so viele Regeln wie notwendig vorhanden sein sollen und nicht mehr. Der Stadtrat hält sich mit seinem Vorschlag nicht daran. Es handelt sich um eine unnötige Überregulierung. Es gibt übergeordnete Normen, welche diese Punkte umsetzen. Die beantragte Verschärfung ist unnötig und wir lehnen diese ab.

Silvia Dell'Aquila, Stadträtin: Ich habe eigentlich den guten Zusammenfassungen des FGPK-Präsidenten und des Einwohnerrats-Präsidenten nicht mehr viel beizufügen. Ich bedanke mich für die mehrheitlich gute Aufnahme dieses Geschäfts. Ich erwähne gerne noch ein paar Punkte zu den Ausführungen von Hannah Wey. Die Definition "Mitternacht" bedeutet, dass man ab Samstag Mitternacht auf den Sonntag mit Plakatieren beginnen kann. Daher ist es für mich unklar, ob ein Missverständnis besteht. Abmachungen untereinander sind meines Erachtens gut. Zum Abänderungsantrag der SP-Fraktion möchte ich mich noch äussern. Wie im Erläuterungsbericht auf Seite 2 ausgeführt, hat die Fussnote, mit welcher im Paragraph 2a, Abs. 1 das Merkblatt des Kantons verlinkt wird, lediglich einen informellen und keinen Regelungscharakter. Zusammen mit den Erläuterungen ergibt sich auch, dass die kantonalen Vorschriften eingehalten werden müssen. Es handelt sich auch nicht um einen statischen Verweis. Solche Verweise sind auch sonst in der Rechtsetzung anzutreffen und üblich und vergrössern die Benutzerfreundlichkeit. Selbstverständlich würde der Link bei der Publikation auf die aktuellste Version angepasst. Eine solche Anpassung ist relativ einfach. Man kann aber die Fussnote selbstverständlich auch streichen. Das hätte inhaltlich keine Auswirkungen und man würde dann den aktuellen Link in den Erläuterungsbericht aufnehmen.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, gelangen wir zu den

Abstimmungen

Antrag SP: Streichung der Fussnote

Beschluss

Die ersatzlose Streichung der Fussnote in § 2a Abs. 1 des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds wird mit 40 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen.



Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst folgende

Beschlüsse

1. *Die Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Plakatierung wird unter Berücksichtigung der Streichung der Fussnote zu § 2a Abs. 1 des Reglements gutheissen (46 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung).*
2. *Das Postulat "Plakatverordnung" von Ivan Petrusic (SP) (GV 2010 – 2013 / 6) wird abgeschrieben (47 Ja-Stimmen).*

Beschluss 1 unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Beschluss 2 unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 4

Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Kompetenzregelung Gebührenreduktion oder -befreiung

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 29. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

- 1. Die Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Kompetenzregelung Gebührenreduktion oder -befreiung (Anhang 1) wird gutgeheissen.*
- 2. Der Antrag 2 der Motion von Alois Debrunner betreffend "Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds (Verlängerung des Verzichts auf Gebühren für Aussenflächen [Covid-19])" wird abgeschrieben.*

Matthias Zinniker, Mitglied: Ich halte zuerst das Votum der FGPK und füge diesem anschliessend noch einen Satz der FDP an. In der FGPK haben wir das Geschäft an der Sitzung vom 18. Oktober geprüft und dieses für unterstützungswürdig befunden. Als Auskunftsperson stand Stadträtin Silvia Dell'Aquila zur Verfügung. Im Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grunds wird in Paragraph 10 Absatz 3 eine Bestimmung aufgenommen, dass bei besonderen Situationen, wie namentlich einer Pandemie, der Stadtrat die Benützungsgebühren vorübergehend reduzieren oder darauf verzichten kann, wenn das wirtschaftliche Fortkommen, aufgrund von kantonalen oder bundesweiten Massnahmen, gefährdet ist. Vor Eröffnung eines solchen Beschlusses würde der Stadtrat die Fraktionspräsidenten, das Ratsbüro und das FGPK-Präsidium orientieren. Die FGPK erachtet diese Änderung als sinnvoll und empfiehlt nach sehr kurzer Diskussion einstimmig, den Antrag des Stadtrats gutzuheissen. Auch die FDP ist mit dem Vorschlag des Stadtrats einverstanden und wird diesem zustimmen.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Beschlüsse

- 1. Mit 47 Ja-Stimmen wird die Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds betreffend Kompetenzregelung Gebührenreduktion oder -befreiung einstimmig gutgeheissen.*
- 2. Der Antrag 2 der Motion von Alois Debrunner betreffend "Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds (Verlängerung des Verzichts auf Gebühren für Aussenflächen Covid-19]" wird mit 47 Ja-Stimmen einstimmig abgeschrieben.*

Beschluss 1 unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Beschluss 2 unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 5

Postulat 1d Grüne, Grünliberale: Solarbetriebene Ladestationen auf städtischen Parkplätzen

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 reichten die Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier, Alexander Umbricht, Peter Jann, Ursula Funk und Nicola Müller das Postulat "Solarbetriebene Ladestationen auf städtischen Parkplätzen" ein mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat beantragt beim Einwohnerrat einen Kredit für solarbetriebene Ladestationen für E-Autos und E-Bikes auf städtischen Parkieranlagen sowie auf Parkplätzen bei öffentlichen Bauten (wie Schulhäuser oder Freizeitanlagen). Mit der Installation sind die Parkplatzflächen zumindest teilweise zu entsiegeln.

Mit Botschaft vom 14. März 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat 1d "Solarbetriebene Ladestationen auf städtischen Parkplätzen" wird überwiesen.

Alexander Umbricht, Mitglied: Die vier grössten Umweltprobleme sind: Der Mensch ist dumm, faul, egoistisch und kurzsichtig. Von Reto Knutti gestern in der Sonntagszeitung sehr komisch zitiert. Ich vermute, Reto Knutti war schon lange nicht mehr in Aarau, ansonsten könnte er diese Behauptung angeblich nicht aufstellen. Denn die Aarauer Bevölkerung hat bereits 2012 intelligenterweise dem ESAK-Gegenvorschlag zugestimmt. Der Stadtrat hat zudem vor nicht allzu langer Zeit eine Klimastrategie ausgearbeitet mit Klammerbemerkung: einem einleitenden Referat von einem Herrn Reto Knutti. Die Grünen und die Grünliberalen haben mit der Unterstützung von EVP/EW, Pro Aarau und SP ganz unegoistisch für die Gesellschaft und die Zukunft im Kopf, vor rund 16 Monaten mehrere selbstverständlich grösstenteils alles andere als dumme Vorstösse lanciert. Die Aarauerinnen und Aarauer sind weder dumm, noch faul, und auch nicht sehr egoistisch. Kurzsichtig ist eine andere Geschichte. Das sind in diesem Fall wohl Einige. In der Regel von einem Optiker oder einer Augenärztin oder eines Augenarztes offiziell bescheinigt. Auch der Stadtrat hat erkannt, dass viele dieser 16 Monate alten Vorstösse, welche hier nur teilweise auf dem Bildschirm angezeigt werden, intelligent sind und schlägt schlauerweise eine grössere Anzahl davon zur Überweisung vor. Entsprechend werden die Postulantinnen und Postulanten allenfalls ein wenig faul und möchten sich nicht zu jedem einzelnen, heutigen und allenfalls morgigen Geschäft äussern. So freuen wir uns ohne Kommentar darauf, dass gemäss Traktandum 5 dafür gesorgt wird, dass nicht nur die Garagenbesitzer ihre Elektroautos laden können. Wir sind kommentarlos zufrieden, dass sich der Stadtrat für eine Netto-Null-Strategie bei städtischen Betrieben und Beteiligungen gemäss Traktandum 7 einsetzt. Wir freuen uns auch, dass der Stadtrat weitsichtig überprüfen möchte, ob die städtischen Gebäude bereits 2030 treibhausgasfrei betrieben werden könnten. Bei einigen anderen Traktanden hingegen sind wir zuversichtlich, dass man auf die gesammelte Intelligenz in diesem Raum zählen kann und dem Stadtrat noch ein wenig mehr Weitsicht mit auf den Weg gegeben wird. Entsprechend wird es auch noch Voten von unserer Seite geben. Die vier grössten Umweltprobleme sind nicht: Der Mensch ist dumm, faul, egoistisch und kurzsichtig. Eines der grössten Probleme für die Menschheit – auch in Aarau – ist der



Klimawandel. Extremregen mit Überschwemmungen im letzten Jahr, extreme Wärme und Trockenheit in diesem Jahr und aktuell einen Oktober, welcher nicht eineinhalb und auch nicht zwei Grad zu warm gewesen ist, sondern unglaubliche vier Grad. Die Klimakrise ist da, die Klimakrise ist spürbar und die Klimakrise wird ständig schlimmer. Handeln wir doch heute intelligent, fleissig und weitsichtig für die Gesellschaft, damit die Klimakrise immerhin nicht mehr viel schlimmer wird. Jedes Zehntel Grad zählt.

Thomas Richner, Mitglied: Ein Postulat beauftragt den Stadtrat, dem Einwohnerrat einen Bericht vorzulegen oder zu prüfen, ob ein Entwurf für einen Erlass vorzulegen oder eben andere Massnahmen zu treffen sind. Im Juni 2021 haben die Grünliberalen und die Grünen der Stadt Aarau, zusammen mit ein paar weiteren Unterstützern, ein Paket mit zwanzig Vorstössen eingereicht. Eigentlich sind wir der Ansicht, dass die Sammlung von zwanzig Motionen und Postulaten wohl vorwiegend als Wahlkampfaktivität für die Einwohnerratswahlen 2021 gedacht war. Es handelt sich teilweise um minimale Forderungen oder Anregungen, welche bereits in den bestehenden Strategien und Programmen der Stadt abgebildet sind. Das heisst, man könnte diese ja eigentlich einfach durchwinken, nach dem Motto: Es passiert nicht viel, aber es nützt auch nichts. Es führt aber zu einem Mehraufwand der Verwaltung, des Stadtrats und auch des Einwohnerrats. Deshalb ist auch die heutige Doppelsitzung geplant und wir müssen uns auch vorgängig noch mit diesen Postulaten auseinandersetzen. Ich komme nun zum ersten Postulat 1d. Die vorherige Motion 1c aus dem gleichen Paket mit dem Ziel von Photovoltaikanlagen auf verbauten Flächen, also auf Parkplätzen, wurde vom Einwohnerrat schon am 7. März 2022 überwiesen. Damals stimmten wir auch für die Überweisung. Das Postulat will jetzt zusätzlich, dass ein Kredit für solbarbetriebene Ladestationen gesprochen wird. Im Rahmen der Elektromobilitätsstrategie werden die nötigen Ladepunkte von der Stadt Aarau definiert. Aktuell sind die vorhandenen Ladestellen in der Stadt sehr schwach ausgelastet und man muss wirklich genau prüfen, wie viele solcher Ladepunkte es dann im öffentlichen Raum schlussendlich braucht. In der Beschreibung zum Postulat geht es aber nicht nur um die Ladepunkte, sondern auch um die Überdachung von Parkplätzen mit Solaranlagen. Das klingt eigentlich super, oben haben wir Solaranlagen, die Strom produzieren, und darunter laden wir die Elektroautos. Die Idee bedingt aber auch, dass die Anlagen mit dezentralen Speicherlösungen ausgestattet werden. Ansonsten können die Fahrzeuge nicht geladen werden, wenn die Sonne gerade nicht scheint. Speicherlösungen von Solarstrom oder generell von erneuerbarem Strom sind sowieso eine Grundvoraussetzung, welche wir in der Zukunft in der Schweiz benötigen, wenn wir einen höheren Eigenenergieversorgungsgrad erreichen wollen. Ob das Batteriespeicher-, Wasserstoff-, Gasspeicher-, Pumpspeicherkraftwerke oder andere sind, wird dann auf nationaler Ebene zu lösen sein. Wir finden es besser und einfacher, grundsätzlich Solaranlagen und, wenn möglich, grössere Einheiten zu bauen. Dort, wo es nötig und möglich ist, so wie es in der Motion 1c erwähnt ist. Dies gilt auch für Ladegeräte, unabhängig von Solaranlagen. Als Beispiel für solarbedachte Parkplätze ist im Postulat auch die Laurenzenvorstadt erwähnt. Wollen wir wirklich dort entlang der Strasse und entlang der Häuser Parkplätze überdachen und Solartankstellen schaffen? Wohl eher nicht! Ideologisch ist das Postulat gut gemeint. Hinsichtlich nötigem Kredit und Kosten macht es aber keinerlei Angaben und die Solarbedachung von geeigneten Flächen haben wir schon mit der Motion 1c abgedeckt. Die SVP-Fraktion ist deshalb gegen die Überweisung dieses Postulats. Um den unnötigen Aufwand der Verwaltung und des Stadtrats zu verhindern, bitten wir Sie, das Postulat ebenfalls nicht zu überweisen.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur



Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 41 Ja-Stimmen gegeben 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat 1d "Solarbetriebene Ladestationen auf städtischen Parkplätzen" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 6

Postulat 1e Grüne, Grünliberale: Entsiegelung von Restflächen

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier für die Grünen und die Einwohnerräte Alexander Umbricht und Peter Jann für die GLP das Postulat "Entsiegelungen von Restflächen" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, das bestehende Aarauer Strassennetz auf vorhandene Restflächen zu analysieren, die beispielsweise mit einem Mergelkiesbelag versehen werden können. Wo dies mit angemessenem Aufwand realisierbar ist, sollen die Flächen entsiegelt werden. Gleichzeitig sollen bei allen laufenden und neuen Tiefbauprojekten auf Stadtgebiet Vorgaben zu entsiegelten Restflächen und/oder Randstreifen gemacht werden. Die dazugehörigen Überlegungen sollen in den entsprechenden Kreditanträgen an Stadtrat oder Einwohnerrat aufgeführt werden.

Mit Botschaft vom 19. September 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Entsiegelung von Restflächen" wird überwiesen.

Peter Jann, Mitglied: Die Ausgangslage für das Postulat ist eigentlich ganz einfach. In Aarau, wie auch in anderen Städten, dominiert im öffentlichen Raum der schwarze Teer oder korrekterweise der Asphalt. Das ist zwar praktisch für die Autos und die rasanten E-Bikes, aber wirklich attraktiv, um herumzulaufen, ist es in der Regel nicht. Deshalb ist das Ziel des Postulats eigentlich genau so einfach. Weg mit dem Teer, beziehungsweise dem Asphalt, da, wo eine andere Oberfläche den Bedürfnissen von Menschen, Tieren und Pflanzen besser entspricht. Die Umsetzung sollte so schnell wie möglich und so pragmatisch wie möglich in der Planung von zukünftigen Flächen umgesetzt werden, aber auch möglichst schnell bei bestehenden Flächen. Darauf fokussiert auch das Postulat. Ich erwähne dazu vier gute Gründe. Erstens wird die Kanalisation vom Regenwasser entlastet. Das Wasser, welches über den Boden aufgenommen wird, muss nicht über Entwässerungssysteme weggeleitet werden. Zweitens es ist auch ein Mittel für die Klimaanpassung über die Wasserverdunstung. Über entsiegelte Flächen und Pflanzen kann sich die Umgebung abkühlen. Drittens betrifft es die Biodiversität. Entsiegelte Flächen bieten je nach Bepflanzung und Untergrund wertvolle Ruderalflächen für Fauna und Flora und sie dienen als Trittsteinbiotop für die Vernetzung einer reichhaltigen Fauna und Flora, auch in der Stadt. Viertens ist die Lebensqualität für uns Menschen nicht ganz unwichtig. Pflanzliches oder vielfältiges Grün in der Stadt spricht den Menschen in der Regel eher an, als eine tote und heisse, schwarze Asphalt-Fläche. Entsiegelte Restflächen clever gemacht, können auch als optische Strassenverengungen dienen, welche teure bauliche Massnahmen gegebenenfalls überflüssig machen. In dem Sinn danken die Postulantinnen und Postulanten der grundsätzlichen Zustimmung des Stadtrats und würden sich freuen, wenn sich der Einwohnerrat ebenfalls dieser Haltung anschliessen könnte. Damit es bei einer allfälligen Annahme zackig vorwärtsgeht, vor allem bei der Entsiegelung von bestehenden Flächen – und davon gibt es in Aarau noch einige- habe ich noch ein Instrument mitgenommen, damit mit den Arbeiten möglichst schnell begonnen werden kann. Ich war am Sonntag bei der Reithalle und habe vergeblich die in Aussicht gestellten entsiegelten Flächen gesucht. Es braucht vor allem einen guten Willen, einen Hammer oder einen Presslufthammer.



Hannah Wey, Mitglied: Um ein wenig Zeit einsparen zu können, halte ich gleich das Votum für die Grünen und die GLP. Auch ich habe etwas mitgebracht, nämlich meinen gut gelaunten Küchenschwamm. Den Sinn dazu ergibt sich dann im zweiten Teil meiner Rede. Natürlich freut es uns, dass die grundsätzlichen Forderungen des Postulats bereits im Biodiversitätskonzept und auch in der Klimaanpassungsstrategie aufgenommen worden sind. Die in den Unterlagen genannten Massnahmen aus dem Biodiversitätskonzept beziehen sich jedoch auf "Strassenbauprojekte mit Neugestaltung." Die Postulanten wollen aber einen Schritt weitergehen und verlangen, dass die Entsiegelung quasi zum Konzept wird, welches konsequent verfolgt wird. Leider wird aus unserer Sicht in der Antwort des Stadtrats zu wenig auf die aktive Entsiegelung von bestehenden Asphaltflächen eingegangen, was wir als Hauptforderung des Postulats verstehen. Für eine genügende Hitzeminderung müssen also auch bestehende Asphaltflächen so schnell wie möglich entsiegelt werden. Das wurde zum Beispiel in Suhr so gemacht oder ist in Planung. Der Bahnhofplatz Suhr wird in Kürze ohne aktives Bauprojekt teilweise entsiegelt. Unsere Nachbargemeinde hat auch schon vor Jahren vor dem Gemeindehaus grosse Flächen offengelegt und bepflanzt. Gerade im Sommer bietet sich ein sehr attraktiver Anblick. Ich persönlich findet es sehr kreativ, dass die Fläche zwischen Strassen- und Liegenschaftsgrenzen, also der obligatorische Abstand, in Suhr nicht mehr geteert, sondern bei Strassenbauten geöffnet wird. Mit diesen scheinbar kleinen Massnahmen kommt man auf eine entsiegelte Gesamtfläche von 1.2 Fussballfeldern, mitten im Siedlungsgebiet. Eine aktive Entsiegelung wäre eigentlich nicht so schwierig. Ich hätte auch schon ein paar Vorschläge für den Herzogplatz, bei welchem es übrigens letztlich ein Bauprojekt gegeben hat, für das Aeschbachquartier und eben auch für die Reithalle. Ich würde sehr gerne auch einmal mit einem Presslufthammer mithelfen. Auch in einem weiteren Punkt bin ich mit der Antwort des Stadtrates nicht ganz zufrieden. Eine halbe Seite lang ist die Rede von Bäumen. Das ist aber nur ein Teil des Gesamtkonzepts. Aus fachlicher Sicht vermisse ich Stichworte wie Schwammkonzept, Schwammstadt und grün-blaue Elemente. Eben nicht die grau-schwarzen Elemente, wie Asphalt. Der Baum ist ein solches grün-blaues Element. Auch eines der wichtigeren, aber eben nur eines davon. Die Schwammstadt ist mittlerweile ein bekanntes Konzept in der Stadtplanung. Regenwasser soll nicht mehr schnell durch die Kanalisation und Fliessgewässer abfliessen, sondern in den lokalen Böden, oder auch in künstlichen Becken, gespeichert und im Sommer gezielt verdunstet werden, sodass die Umgebung gekühlt wird. Man muss das Rad nicht neu erfinden. Es gibt bezüglich Schwammstadt genügend Unterlagen für die Gemeinden, und mittlerweile auch in der Schweiz genügend Praxisbeispiele, die man sich einmal anschauen könnte. Aufgrund der vorliegenden Antwort scheint mir aber, dass die Stadtverwaltung bezüglich Schwammstadtkonzept noch nicht genug ausgebildet oder sensibilisiert ist. Sollte meine Einschätzung stimmen, bitte ich den Stadtrat, für die Verwaltung thematische Aus- und Weiterbildungskurse zu organisieren. Auch das Tiefbauamt und lokale Baufirmen sollen miteinbezogen werden, um das Wissen auf Stadtgebiet bezüglich Schwammstadt zu erweitern. Diese Forderung steht übrigens auch schon so im Postulatstext. Mein Traum für Aarau, als ausgebildete Hydrogeologin ist, dass Aarau zu einer Schwammstadt wird und so einen Schritt weiter in der Anpassung an den Klimawandel geht. Die Grünen und die GLP werden das Postulat einstimmig überweisen.

Thomas Richner, Mitglied: In diesem Postulat geht es hauptsächlich um die Reduktion von Hitzeabstrahlung und das Thema von geringer Aufenthaltsqualität in der heissen Jahreszeit. Die Begründungen der Vorredner stimmen sicher im Prinzip, wonach man durch Entsiegelung weniger Abstrahlung hat. Die Thematik ist aber inzwischen detailliert aufgenommen worden und der Stadtrat hat am 19. September 2022 die Klimaanpassungsstrategie verabschiedet. In dieser Strategie befindet sich auch folgendes Unterziel: Versiegelte Flächen durch natürliche Flächen mit hoher Wasserdurchlässigkeit und hohem Grünanteil ersetzen. Das ist das Unterziel auf Seite 17 des langen Dokuments. Auch in den gebietspezifischen Massnahmenvorschlägen für die Altstadt und Vorstadt, und selbst für Aarau



Rohr, findet sich Massnahmen, um die Entsiegelung von Strassen und Plätzen voranzutreiben. Es ist eigentlich schon alles in dieser Klimaanpassungsstrategie vorhanden. Es fällt uns auch immer wieder auf, dass sich viele dieser Aktivitäten oder diesem Aktivismus eigentlich eher auf grossstädtische Verhältnisse beziehen. In Aarau sind die Hotspots nur in einem kleinen Gebiet der Stadt erkennbar und Grünanlagen und unsere schönen Wälder sind in der Regel in kurzer Zeit erreichbar. Nachdem die Forderungen des Postulats schon vollständig in der Klimaanpassungsstrategie aufgenommen worden sind, vertreten wir die Meinung, dass nicht wieder zusätzliche Arbeit für den Stadtrat und die Verwaltung verursacht werden muss und lehnen deshalb die Überweisung des Postulats ab.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Wir bereits von Thomas Richner erwähnt, sind die Massnahmen in der verabschiedeten Klimastrategie beschrieben und es ist definiert, dass die Entsiegelung vorangetrieben und gefördert werden soll. Auch das Thema Schwammstadt ist bekannt. Diesbezüglich laufen städtische Strassenbauprojekte, bei welchen die Schwammstadtthemen behandelt und ernst genommen werden. Es wird versucht, diese umzusetzen.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 41 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltung folgenden

Beschluss

Das Postulat "Entsiegelung von Restflächen" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 7

Postulat 2 Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: Netto-Null-Strategie für städtische Betriebe, Beteiligungen etc.

Christian Oehler, Präsident: Am 30. Juni 2021 haben die Wohnerrätinnen und Wohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier (für die Grünen), Alexander Umbricht, Peter Jann (für die GLP) sowie Beatrice Klaus und Leona Klopfenstein (für die SP) das Postulat "Netto-Null-Strategien für städtische Betriebe, Beteiligungen etc." eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, sich bei allen städtischen Beteiligungen (Eniwa, BBA, KEBA, ...) dafür einzusetzen, dass diese eine mit den städtischen Klimazielen abgestimmte Strategie und daraus abgeleitete Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null Treibhausgasemissionen bis 2040 umsetzen.

Mit Botschaft vom 13. Juni 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung und stellt folgenden

Antrag

Das Postulat "Netto-Null-Strategien für städtische Betriebe, Beteiligungen etc." wird überwiesen.

Thomas Richner, Mitglied: Eine Netto-Null-Strategie setzt fast ausnahmslos auf die Elektrifizierung durch klimaneutrale, erneuerbare Energie. Spannend finde ich, dass wir im Moment von einer Strommangellage für die nächsten vier Winter reden und entsprechende Massnahmen definieren. Die Frage wird sein, ob wir zukünftig die nötigen Mengen an erneuerbarer Energie bereitstellen können, um die Dekarbonisierung entsprechend voranzutreiben. Solaranlagen und Windanlagen in der Schweiz alleine werden nicht ausreichen. Die Stadt Aarau hat eine ambitionierte Klimastrategie, welche der Stadtrat am 15. Februar 2021 beschlossen hat. Dabei ist auch Netto-Null für 2050 als Ziel verankert. Vielleicht ist es auch eher eine Vision als ein Ziel. Auch in der städtischen Strategie wird von einem Ziel Netto-Null 2040 gesprochen. Dies ist aber auf Emissionen aus dem Betrieb von Gebäuden im Verwaltungs- und Finanzvermögen begrenzt, also nur aus dem Betrieb und aus dem Betrieb von städtischen Fahrzeugen. Das wäre Netto-Null 2040 in den städtischen Liegenschaften. Es spricht nichts dagegen, dass sich auch Firmen mit entsprechenden Strategien auseinandersetzen, was ja sowieso jede Firma heutzutage macht. Wichtig ist dabei aber auch zu überlegen, wie das denn schlussendlich finanziert werden soll. Dieser Teil, sprich die möglichen Kostenfolgen, fehlen ja auch in der Klimastrategie der Stadt Aarau und haben schon bei der damaligen ESAK-Initiative gefehlt. Die im Postulat geforderte Umsetzung von Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null Treibhausgasemissionen bis 2040 für städtische Betriebe und Beteiligungen erscheint uns zu konkret und, im Vergleich zur städtischen Strategie, zu ambitionös. Man muss sich auch überlegen, welche Wirkung zu welchen Kosten führt und ob Netto-Null das richtige für jeden Betrieb ist. Man kann aus unserer Sicht nicht einfach generell und immer schneller Netto-Null fordern. Deshalb lehnen wir die Überweisung dieses Postulats auch ab.

Alexander Umbricht, Mitglied: Netto-Null 2050 wird von so krass modernen Gremien, wie vom Bundesrat, von beinahe allen Nationen etc. gefordert, aber ist jetzt plötzlich zu ambitioniert für irgendwelche Firmen. Das erstaunt mich. Viele grossen Firmen sind viel weiter



als der Bund oder der Staat oder auch irgendwelche grossen Länder. Sprechen wir von Amazon, Microsoft oder von Nestlé. Es ist für die Firmen auch überlebenswichtig und nicht nur eine Vision, dass sie diese Ziele verfolgen und sich tatsächlich damit beschäftigen. Wenn man die Ziele erreichen will, die der Bundesrat setzt, die der Kanton Aargau unterstützt und die von der Stadt Aarau übernommen wurden, ist es zwingend, dass diese Firmen, bei welchen die Stadt Aarau ein Mitspracherecht hat, diese Richtung auch einschlagen. Diese Massnahmen sind zweifellos mit Kosten verbunden, aber nichts machen generiert ebenfalls Kosten. Niemand schafft es, die Kosten genau zu definieren. Aber untätig sein kostet mindestens so viel. Wenn man auf die Aussagen der Ökonomen hört, noch deutlich mehr. In diesem Sinne finde ich die vorhergehende Argumentation sehr einseitig und ich wünsche mir, dass der Einwohnerrat das Postulat überweist. Wir sprechen von einer Netto-Null-Strategie 2050. Thomas Richner nennt die nächsten Winter, in denen es hinsichtlich Strom schwierig werden kann. Wir könnten uns jetzt gegenseitig Vorwürfe machen, welche Seite verantwortlich dafür ist, dass wir zu wenig Strom haben. Ob es jetzt die AKWs sind, wie die einen meinen, oder das Blockieren von erneuerbaren Energien, wie die anderen vermuten. Es spielt keine Rolle. Wir reden von Netto-Null 2050. In vier Jahren sind wir noch lange nicht im Jahr 2050 angelangt. Machen wir uns auf den Weg, bauen wir Photovoltaikanlagen auf städtischen Parkplätzen, laden wir unsere Autos auch gerade noch dort und dann haben wir das Glück, dass wir auch das Ziel erreichen.

Thomas Richner, Mitglied: Ich habe nicht gesagt, dass wir uns nicht auf den Weg machen sollen. Wir finden einfach, 2040 ist für die städtischen Beteiligungen und Firmen zu ambitiös. Von 2050 spricht heute jede Firma und auch ich arbeite beinahe täglich an diesem Thema.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 41 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat 2 Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: Netto-Null-Strategie für städtische Betriebe, Beteiligungen etc. wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 8

Postulat 3a Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW und Pro Aarau: Vergünstigtes Carsharing für Firmen

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart und Thomas Waldmeier für die Grünen, Alexander Umbricht und Peter Jan für die GLP, Ursula Funk und Aaron Bürki für die SP sowie die Fraktionen EVP/EW und Pro Aarau das Postulat "Vergünstigtes Carsharing für Firmen" eingereicht mit folgendem

Antrag

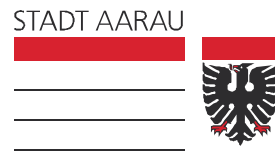
Der Stadtrat trifft mit dem Carsharing-Anbieter Mobility eine Vereinbarung, damit Business-Mobility-Abos für Aarauer Firmen deutlich günstiger werden. Die Vereinbarung ist auf vier Jahre zu begrenzen, nach drei Jahren erstattet der Stadtrat Bericht zur Nutzung des Angebots.

Mit Botschaft vom 23. Mai 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Vergünstigtes Carsharing für Firmen" ist nicht zu überweisen.

Lea Naon, Mitglied: Ich halte einerseits das Eintretensvotum für die Postulantinnen und Postulanten und spreche andererseits auch gerade für die beiden Zentrumsfraktionen GLP/Mitte, Pro Aarau/EVP sowie ebenso für die grüne Fraktion. Ich habe es bereits bei der Beratung zum ähnlich lautenden Postulat "Kostenlose Jahresabonnement Carsharing" an der Einwohnerratssitzung im Mai gesagt, dass es ein Witz ist, ein Auto mobil zu nennen. Ein durchschnittliches privates Auto steht 96 Prozent der Zeit einfach nur herum und ist alles andere als mobil. Das ist überhaupt nicht effizient und es steckt auch sehr viel graue Energie in all diesen herumstehenden Autos. Carsharing wirkt dieser Ineffizienz entgegen, indem die Nutzungsdauer von Autos erhöht wird. Weniger Autos fahren eher umher, anstatt einfach umherzustehen. Es bedeutet eben nicht Mehrverkehr, sondern weniger. Wenn man das Auto nicht selbst besitzt und es nicht immer herumsteht, überlegt man sich eher, ob es Sinn macht, das Auto zu nehmen oder besser in den ÖV zu steigen. Die Begründung des Stadtrats, dass Aarauer Firmen bereits auf das Angebot von Swiss E-Car zurückgreifen können, überzeugt uns nicht. Wir begrüßen zwar sehr, dass Swiss E-Car das Angebot für Firmen in Aarau ausbaut und insbesondere auch Transport-Fahrzeuge bereitstellen möchte. Das kommt allerdings in der Antwort des Stadtrats leider viel zu wenig zum Ausdruck. Das auf den Raum Aargau und Basel konzentrierte Netz von Swiss E-Car ist allerdings in keinster Weise mit dem Netz von Mobility vergleichbar. Dieses steht schweizweit zur Verfügung. Schlussendlich geht es in diesem Postulat eben auch nicht darum, ein Carsharingangebot zur Verfügung zu stellen, sondern darum, die Hemmschwelle für die Nutzung der bestehenden Angebote zu senken. Es sollen also Leute, beziehungsweise vor allem Mitarbeitende von Aarauer Firmen, zu einer Verhaltensänderung animiert werden, welche sie bestenfalls dann auch im privaten Bereich zu einem bewussteren Mobilitätsverhalten bewegt. Wir können auch die Argumente, dass durch das Postulat Fehlanreize entstehen würden, nicht nachvollziehen. Bei Mobility zahlt man jeweils für die gefahrenen Kilometer, so wie auch für die Dauer der Fahrzeugnutzung. Das ist maximale Kostentransparenz und alles andere als ein Fehlanreiz. Zudem wäre das Angebot gemäss dem Postulat auf 4 Jahre



begrenzt, weil es eben im Prinzip darum geht, die Hemmschwelle für die Nutzung zu senken und nicht auf Ewigkeit hin irgendwie zu subventionieren. Ausserdem kostet die Annahme dieses Postulats die Stadt überhaupt nichts, lediglich ein bisschen Verhandlungsaufwand des Stadtrats mit Mobility. Das finde ich jetzt durchaus vertretbar. Das ist in dem Sinn eine der minimalen Forderungen dieser Klimavorstösse. Eine minimale Forderung, mit aber überhaupt nicht nur minimalem Effekt. Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, das Postulat zu überweisen. Die Mehrheit der Zentrumsfraktionen macht das. Eine Minderheit hingegen überweist das Postulat nicht. Auch bei der grünen Fraktion wird es unterschiedliche Stimmen zu diesem Postulat geben.

Laszlo Etesi, Mitglied: Bereits in der Mai Sitzung dieses Jahres haben wir ein ähnliches Postulat im Einwohnerrat diskutiert. Damals ging es um das Einführen von kostenlosen Jahresabonnements für Carsharing für Private. Heute geht es um vergünstigte Abos für Firmen. Die SP-Fraktion hat das vorliegende Postulat eingehend diskutiert. Wir begrüssen es, dass Firmen ihre eigene Fahrzeugflotte mit Carsharingalternativen ersetzen. Laut dem Stadtrat ist das heute bereits schon öfters aus Kostenüberlegungen der Fall. Der Stadtrat nennt auch weitere aktuelle und zukünftige Möglichkeiten im Rahmen von E-Carsharing. Beim Postulat zu den kostenlosen Carsharingabos für Private gilt für uns aber der gleiche Grundsatz, dass wir über Abo-Vergünstigungen keine möglichen Fehlanreize für den motorisierten Individualverkehr schaffen möchten. Aus diesen Überlegungen werden wir dem Antrag des Stadtrats folgen und das Postulat nicht überweisen.

Susanne Knörr, Mitglied: Ich kann mich auf die Voten der Vorredner beziehen. Auch die Fraktion der SVP ist gegen solche Finanzierungen.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Vergünstigtes Carsharing für Firmen" wird nicht überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 9

Postulat 4a Grüne, Grünliberale: Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 reichten die Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier, Alexander Umbricht, Peter Jann, Ursula Funk und Aaron Bürki das Postulat "Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030" ein mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat trifft alle notwendigen Massnahmen, dass die städtischen Gebäude (Verwaltungs- und Finanzvermögen) ab spätestens dem Jahr 2030 treibhausgasfrei (Netto-Null) betrieben werden; das betrifft die Wärme-, Kälte- und Strombereitstellung der Gebäude. Der Stadtrat unterbreitet – falls notwendig – dem Einwohnerrat den notwendigen Kreditantrag. Die Berichterstattung erfolgt mit der normalen jährlichen Berichterstattung zu den entsprechenden Produktgruppen.

Mit Botschaft vom 4. April 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030" wird überwiesen.

Urs Winzenried, Mitglied: Ein weiteres Mal steht die SVP wahrscheinlich, hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse hier im Rat, auf verlorenem Posten. Trotzdem gestatte ich mir ein paar Bemerkungen zu diesem Postulat. Die SVP lehnt das Postulat einstimmig ab. An und für sich hätte man das Postulat als Motion formulieren sollen. In einem Postulat wird der Stadtrat gebeten, etwas zu prüfen, etwas zu analysieren. Im vorliegenden Fall wird der Stadtrat ultimativ aufgefordert, Massnahmen zu treffen. Die städtische Klimastrategie sieht Treibhausgasfreiheit bis ins Jahr 2040 vor. Die Postulantinnen und Postulanten verlangen nun Treibhausgasfreiheit bis ins Jahr 2030, also 10 Jahre früher, als vom Stadtrat vorgesehen. Gemäss der Botschaft kann der Stadtrat selbst nicht abschätzen, welche Auswirkungen die Überweisung dieses Postulats in finanzieller, personeller und baulicher Hinsicht hat, weil einfach die Zeit sehr kurz ist. Das Postulat geht punkto Frist und Umfang zu weit. 2030 ist nicht 2040. Es sind 10 Jahre Unterschied. Alle städtischen Gebäude sollen in acht Jahren treibhausgas frei sein. Dieses Ziel ist kaum umsetzbar. Der Stadtrat wird allerdings trotzdem unnötigerweise beinahe 50'000 Franken einsetzen, um abzuklären, was bis 2030 möglich ist. Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort zum Postulat alle bisher unternommenen Massnahmen im Bereich Klimapolitik. Es wird schon viel unternommen und vieles ist in Planung. Wir sind ein wenig erstaunt, dass der Stadtrat das Postulat, trotz seinem Vorbehalt, welchen er in der Botschaft anspricht, zur Überweisung und nicht zur Ablehnung empfiehlt.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Die Feststellungen von Urs Winzenried sind richtig. Der Stadtrat kann im Moment noch nicht abschätzen, wie sich die finanziellen Konsequenzen auswirken, wenn man das Ziel erreichen will. Weil der Stadtrat aber die Meinung vertritt, dass es richtig ist, alles Mögliche zu unternehmen, haben wir bereits einen Auftrag zur Abklärung erteilt, wie die Umsetzung für die einzelnen städtischen Liegenschaften aussehen könnte. Das müssen wir sowieso machen, weil die verschiedenen Vorstösse hinsichtlich Solarzellen auf den Dächern voraussetzten, dass wir eigentlich für jede einzelne Liegenschaft abklären müssen, welche Investitionen bereits ausgeführt wurden und welche Lebensdauer diese



Investitionen haben. Wir müssen uns ohnehin über jede Liegenschaft ein Bild machen, was und in welcher Zeitfolge möglich ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass man das Postulat überweisen kann. Wir werden im Laufe des nächsten Jahres dem Einwohnerrat punktgenau, Liegenschaft für Liegenschaft, aufzeigen, was es heisst, die vorgegebenen Ziele zu erreichen. Insofern sind wir der Meinung, dass man das Postulat überweisen kann, auch wenn noch Fragen offen sind.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen bestehen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Städtische Gebäude treibhausgasfrei bis 2030" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 10

Postulat 4c Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW und Pro Aarau: Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier (für die Grünen) Alexander Umbricht und Peter Jann (für die GLP), Simone Silberstein und Anja Kaufmann (für die SP) das Postulat "Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat sorgt dafür, dass die Bewohnerinnen und Bewohner und Geschäfte in der Altstadt sowie in der Vorderen Vorstadt bald möglichst erneuerbare Wärme beziehen können und entsprechend zeitnah und gut darüber informiert werden. Wenn notwendig beantragt er beim Einwohnerrat einen Kredit im Sinne einer Defizitgarantie, eines finanziellen Zuschusses (Investitionsbeitrag) oder eines bedingt rückzahlbaren Darlehens für die Erstellung eines Fernwärmenetzes.

Mit Botschaft vom 13. Juni 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt" wird nicht überwiesen.

Alexander Umbricht, Mitglied: Noch produziert eine Gasheizung heisse Luft. Heisse Luft, die dank ihrer Treibhausgase sehr schädlich für unser Klima ist. Dieser Zustand darf keine Zukunft haben. Auch nicht in der Aarauer Altstadt, auch nicht in Form von Biogas oder synthetischem Gas. Weil das Energie Schweiz für Gemeinden als Bundesprogramm schon klar deutlich und breit abgestützt formuliert hat, zitiere ich wohl rekordlang: "Alternative, erneuerbare gasförmige Brennstoffe werden nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen (gemeint ist das Jahr 2050) und sie sind damit unbedingt für diejenigen Sektoren im Einsatzzwecke zu priorisieren, für die es keine technischen Alternativen gibt. Also allenfalls für den Flugverkehr, internationalen Schiffsverkehr, Chemische Industrie, Hochtemperaturprozesse in der Industrie, Schwerverkehr, und allenfalls für die Raumfahrt. Allenfalls können sie einen Beitrag zur saisonalen Speicherung von Strom leisten. In allen Sektoren, insbesondere für die Heizwärme, muss für die Bewirtschaftung, den Unterhalt und Neuinvestitionen ab sofort davon ausgegangen werden, dass Biogas und Power-to-X-Produkte in Zukunft nicht zur Verfügung stehen werden", weil sonst die Dekarbonisierung schlicht nicht möglich ist. Mit anderen Worten; Biogas und erneuerbare Gase sind absolut zentral für den Klimaschutz, aber es wäre unglaublich dumm, die sehr begrenzten Mengen, welche wir zwingend zum Heizen benötigen, zu verschwenden. Beim Heizen stehen solche Alternativen zur Verfügung. Wir kennen sie alle, auch in der Aarauer Altstadt, wenn das der Stadtrat und der Einwohnerrat so möchten. Wenn ich den Stadtrat aber richtig verstehe, ist beispielsweise ein Fernwärmenetz mit Röhren im Boden nicht flächendeckend möglich. Denn unsere Altstadt ist historisch und steht auf felsigem Untergrund. Beides trifft sicher zu. Ein wenig erstaunt es mich aber schon, dass mir gegenüber Altstadtbewohnerinnen und Altstadtbewohner glaubhaft versichern können, dass es Trinkwasser aus Röhren im Boden, eine Kanalisation in Röhren im Boden, ein Gasnetz in Röhren im Boden oder sogar die eine oder andere Telefonleitung in kleinen Röhren im Boden in der Altstadt gäbe. Ich kann mir



das nur so erklären, dass alle Röhren im Boden bereits in den Vierzigerjahren des 13. Jahrhunderts angelegt worden sind, gerade mit der Stadtgründung zusammen, um Probleme mit dem Denkmalschutz zu vermeiden. Der Felsen war vermutlich auch noch nicht so ausgehärtet, wie er zwischenzeitlich ist. Das Postulat fordert, dass es zukünftig in der Altstadt und in der Vorderen Vorstadt möglich sein muss, klimaneutral zu heizen. Das ist schlicht vernünftig, aber zugegebenermassen komplex. Weil es komplex ist, muss es jemand an die Hand nehmen. Wir möchten mit dem Postulat, dass der Stadtrat diese Umsetzung vornimmt. Das Postulat verlangt kein Fernwärmenetz. Das ist eine erwähnte Möglichkeit, vielleicht nicht die dümmste. Es braucht sicher pragmatische Lösungen, vielleicht nicht überall die gleiche, aber die Lösung muss jetzt aufgegleist werden. Das können wir nicht erst in 20 Jahren machen. Die Quintessenz ist folgende: All diejenigen, die im Jahr 2050 noch mit Gas heizen wollen, bekommen anstelle von heisser Luft kalte Füsse. Auch in der historischen Altstadt auf felsigem Untergrund. Die Überweisung dieses Postulats ist das pure Gegenteil von dumm, faul, egoistisch und kurzichtig. Also schlau, aktiv für die Bevölkerung und vielleicht ein wenig weitsichtig. Ich habe der Vollständigkeit halber noch einen kleinen Hinweis. Im Wort Biogas wird zwar Bio erwähnt, es ist aber nicht klimaneutral. Diese Tatsache sollte man im Hinterkopf behalten. Biogas verursacht laut dem Bundesamt für Energie oder dem Bundesamt für Umwelt knapp die Hälfte der Treibhausgase wie Erdgas, also immer noch 130 g pro Kilowattstunde. Das ist immer noch zu viel.

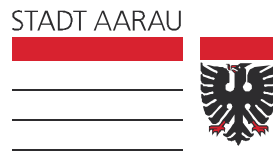
Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Ich möchte noch einen anderen Faden aufgreifen. Aus meiner Sicht hat der Stadtrat den wichtigsten Grund für eine Ablehnung unseres Vorstosses vergessen. Altstädte sind per se schon viel energieeffizienter als neuere Siedlungsbereiche. Sie weisen im Vergleich zu neueren Siedlungsbereichen unter anderem eine sehr hohe Dichte auf. Sie haben einen geringeren Anteil an grauer Energie und eine bessere Ökobilanz und sie benötigen auch im Betrieb viel weniger Energie, also nicht nur bezüglich Wärme, sondern beispielsweise auch bezüglich Haustechniken. Ich zitiere aus einer Publikation zum Thema Baukultur und Energie: "Obwohl Altstadthäuser oft mehrere 100 Jahre alt sind, dürfen sie bezüglich Energieeffizienz als beispielhaft bezeichnet werden. Eine kompakte Bauweise und grosse Flächen gemeinsamer Aussenwände bringen hier den entscheidenden Vorteil". Die gemeinsamen Aussenwände sind wichtig, weil das Verhältnis vom Volumen zu den Aussenwänden der entscheidende Faktor für den Energieverbrauch ist. Eine Berechnung zeigt, dass ein Altstadthaus im Vergleich zu einem Einfamilienhaus gerademal halb so viel Aussenfläche aufweist. Auch in Aarau dürfte also die Altstadt heute schon um ein Vielfaches energieeffizienter sein, als beispielsweise ein Zelgliquartier oder ein Gönhardquartier. Man darf auch nicht vergessen, dass das Zelgli- oder das Gönhardquartier auch um ein Vielfaches grösser ist, als die Altstadt. Das Energiesparpotenzial ist in der Altstadt also sehr klein, wenn man die ganze Stadt anschaut. Wenn wir das Potenzial in der Altstadt ausschöpfen wollen und die Energiebilanz verbessern, dann müssen wir, der komplexen Ausgangslage wegen, erst recht noch einen deutlich höheren Aufwand betreiben als zum Beispiel im Zelgli- oder Gönhardquartier. Am Schluss werden wir im Verhältnis erst noch weniger CO₂ sparen. Trotzdem haben wir uns zum Netto-Null-Ziel bekannt. Das Thema Energiesparen ist virulent. Auch in der Altstadt wird es immer mehr Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzer geben, die sich Gedanken machen und vom Gas wegkommen möchten. Der Stadtrat argumentiert mit der komplexen Ausgangslage gegen unseren Vorstoss. Aber gerade weil die Ausgangslage so komplex ist, müsste man genauer hinschauen. Gerade weil die Ausgangslage so komplex ist, scheint es uns wichtig zu sein, dass man die Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzer in der Altstadt besser informiert und abholen kann. Eine komplexe Ausgangslage besteht auch in anderen Altstätten. Es werden auch in anderen Altstätten Fernleitungen gebaut. Als Archäologin habe ich selbst auch schon den Bau von Anschlüssen von Fernwärmeleitungen an Altstadthäuser begleitet. Ob Fernwärme auch in der Aarauer Altstadt Sinn macht, oder ob es vielleicht andere Lösungen gibt, wäre eben zu klären. Wir haben ja gar keine flächendeckende Standardlösung, wie das der Stadtrat formuliert, gefordert. Aus unserer Sicht



müsste die Stadt jetzt den Lead übernehmen, wenn es darum geht, erneuerbare Wärme zu fördern. Sie müsste mit der Eniwa und mit der kantonalen Energiefachstelle eine Auslegung für die Altstadt und für die Vordere Vorstadt vornehmen und die Informationen für die Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzer dann entsprechend greifbar machen. In dem Sinne wird die grüne Fraktion das Postulat geschlossen überweisen.

Simone Silbereisen, Mitglied: Die SP-Fraktion begrüsst, dass ein grosser Teil der Anträge bezüglich dem Klimaschutz zur Überweisung empfohlen wird und das unterstützen wir auch. Bezüglich Postulat 4c, erneuerbare Wärme für die Altstadt und Vordere Vorstadt, sind wir jedoch mit dem Stadtrat nicht einig und werden dem Antrag zur Nicht-Überweisung nicht folgen, sondern diesen überweisen. Ich versuche, nicht noch einmal zu wiederholen, was schon gesagt ist, würde aber gerne noch ein Ergänzung machen. Im August 2020 hat die SP schon einmal eine Anfrage "CO₂-neutrale Heizsysteme für die Altstadt" eingereicht. Darin wurde die Frage gestellt, ob es Bestrebungen und Projekte gibt, um Erdwärme oder andere CO₂-freie Heizmöglichkeiten für die Altstadt nutzbar zu machen und ob ein Anschluss der Liegenschaften an das Fernwärmenetz möglich sei. In der Beantwortung vom 9. November 2020 stellt der Stadtrat eine Machbarkeitsstudie für die Realisierbarkeit von Fernwärme in Aussicht. Leider habe ich, trotz Nachfrage, nicht in Erfahrung bringen können, ob diese inzwischen fertiggestellt worden ist. Vielleicht kann diese Frage im Anschluss noch beantwortet werden. Im Planungsbericht zum kommunalen Energieplan, welcher vom Stadtrat am 15. Februar 2021 beschlossen worden ist, wird zur Altstadt ebenfalls festgehalten, dass die Machbarkeit zur Wärmeversorgung im Verbund mit Fernwärme abgeklärt wird. Als priorisierte Energieträger für Grundeigentümer werden erstens Fernwärme, zweitens Erdwärme und drittens Biogas aufgeführt. Es gibt noch eine Karte dazu im Anhang d, welche die Eignung zur Erdwärmennutzung durch Erdwärmesonden im Bereich Altstadt ausweist. Verschiedene Ansätze dazu wurden eingeleitet und ich frage mich deshalb, weshalb das Postulat nicht überwiesen werden soll. Im Postulat 4a beispielsweise werden zur Zielerreichung der 100 Prozent erneuerbaren Lösungen beim Heizungsersatz für die städtischen Gebäude Studien und Strategien von Seiten Stadtrat in Aussicht gestellt. Die Altstadt und die Vordere Vorstadt werden aber ausgeklammert, da die Realisierung schwierig wäre. Und doch freuen wir uns jetzt schon auf die punktgenaue Analyse, welche angekündigt wurde. Der Stadtrat schreibt bei Postulat 4c, dass eine flächendeckende Standortlösung für die erneuerbare Wärmeversorgung nicht möglich sei und dass es liegenschaftsspezifische Lösungen braucht. Wir verstehen, dass es für die Altstadt, aufgrund ihrer Beschaffenheit, keine Standardlösung gibt, doch sollte diese Tatsache genau in diese Studien und Überlegungen zwingend miteinbezogen werden. Das Postulat 4c stellt den Antrag, dass die Bewohnerinnen und Bewohner und die Geschäfte baldmöglichst erneuerbare Energien beziehen können und entsprechend zeitnah informiert werden. Diesbezüglich erwarten wir eine verbindliche Aussage. Äusserungen, wie "leider zu kompliziert und vielleicht könnten Ansätze, wie zum Beispiel eine Erschliessung von Gebäudeinseln Teil der Lösung sein", befriedigen nicht. In der Aktenaufgabe zum Postulat 4f, städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität, wird zum Beispiel festgehalten, dass für das Theater und Café Tuchlaube auf 2029 eine Umstellung auf Wärmepumpen geplant ist. Es sollte doch zeitnah geklärt werden, ob die umliegenden Liegenschaften miteingebunden werden können. Entsprechend könnten dann auch Eigentümerinnen und Eigentümer planen. Es sind aktuell viele gute Ansätze in Planung und die Standardlösungen sind nicht immer machbar. Wie vom Stadtrat in seiner Botschaft festgehalten, braucht es liegenschaftsspezifische Lösungen. Wir bitten deshalb, diese zu erarbeiten. Ich bitte Sie, den Antrag zu überweisen, Das Netto-Null-Ziel kann nicht warten. Wir brauchen jetzt erneuerbare Lösungen.

Urs Winzenried, Mitglied: Die SVP-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat zur Einsicht gekommen ist, dass das Postulat nicht überwiesen werden sollte. Die SVP-Fraktion wird einstimmig auf Nichtüberweisung plädieren. Die Argumente gegen die Überweisung kann man



sehr gut aus der Botschaft herauslesen und diese sind schlüssig. Die Altstadt eignet sich einfach nicht überall, um den Wunsch der Postulanten und Postulantinnen realisieren zu können. Gemäss der Botschaft wird dies teilweise hinsichtlich Struktur, Denkmalschutz, Untergrund etc. verunmöglicht. Der Stadtrat setzt sich dort, wo es Sinn macht und wo es möglich ist, ein, dass auch in der Altstadt erneuerbare Energie, also liegenschaftsspezifische Lösungen, umgesetzt werden. Es ist richtig, jede Liegenschaft anzuschauen. Wo es möglich ist, wird der Stadtrat sicher nicht dagegen sein, sondern sich für solche Lösungen einsetzen. Dafür braucht es aber kein Postulat. Haben wir doch Vertrauen in den Stadtrat, dass er seine Hausaufgaben macht. Im Übrigen lehnt die SVP auch die von den Postulanten und Postulantinnen geforderte Defizitgarantie im Sinne von Investitionsbeiträgen -speziell für die Altstadt und für andere Bereiche der Stadt - ab. Die SVP lehnt das Postulat im Sinne des Antrags des Stadtrates ab.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Das erneute Durchlesen des Antrages und die Anhörungen Ihrer Zusammenfassungen machten mich gerade etwas unsicher. Im Antrag steht eigentlich nur erneuerbare Wärme. Biogas, erneuerbare synthetische Gase wären aber auch erneuerbare Wärme, welche jedoch von Alexander Umbricht nicht als sinnvoll erachtet wird. Der Stadtrat masst sich nicht an, bereits zu entscheiden, was dann in 30 Jahren sinnvoll ist und was nicht. Es ist wichtig, dass man sich diesbezüglich nicht zu viel Denkverbote auferlegt. Das Thema "flächendeckende Standortlösung" wurde angesprochen. Der Stadtrat weist darauf hin, dass wir in der Altstadt nicht nur Wasserleitungen. Kanalisationsleitungen Gasleitungen, Telefonleitungen und Abwasserleitungen haben. Wir haben in der Rathausgasse, in der Pelzgasse, in der Metzgergasse, im Ochsenhässli und beim Färberplatz auch noch den Stadtbach. Dort stellt sich die Frage, wo man bei all diesen Leitungen, Bächen und Gewässern noch eine Fernwärmeleitung mit zwei recht grossen Rohren zu noch einigermaßen wirtschaftlichen Bedingungen baut. Es darf zwar ein bisschen teurer ausfallen, aber ein wenig wirtschaftlich sollte es auch noch sein. Diese Überlegungen führten zur Beantragung einer Nicht-Überweisung, denn man bringt die Fernwärme nicht flächendeckend in jede Altstadtgasse hinein. Damit wird die Nichtüberweisung begründet. Wir führen jedoch die Fernwärme an den Rand der Altstadt. Das Pflegeheim Golatti wird beispielsweise an die Fernwärme angeschlossen und man wird selbstverständlich versuchen, so weit wie möglich, in den Haldenring, in die Halde, zu gelangen und die Liegenschaften von aussen anzuschliessen. Als weiteres Beispiel nenne ich den Anschluss des KUK an die Fernwärme. Das wird allerdings erst in ca. zwei bis drei Jahren der Fall sein. Auch dort ist es denkbar und möglich, dass man dann vom KUK her über das Mühlegässli zu den nächstliegenden Altstadtliegenschaften gelangt. Das von Simone Silbereisen angesprochene Beispiel ist ein Thema des nächsten Traktandums. Wenn man in einer städtischen Liegenschaft, zum Beispiel in der Tuchlaube, erneuerbare Wärmeerzeugung hat und auch andere Nachbarliegenschaften angeschlossen werden können, haben wir natürlich nichts dagegen. Es braucht auch in der Altstadt erneuerbare Wärme und die Fernwärme ist sicher ein wichtiger Punkt. Aber eine flächendeckende Fernwärme in der Altstadt ist nicht möglich. Die Fakten sprechen dagegen.

Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Eine flächendeckende Fernwärme erwarten wir wirklich nicht. Es steht auch nicht so im Postulat. Die von Werner Schib gemachten Äusserungen haben wir uns auch überlegt. Wir haben auch im Zusammenhang mit dem Pflegeheim Golatti über einen Anschluss diskutiert. Die Idee wäre, dass man einfach einmal hinschaut. Man kann vielleicht zum Beispiel auch einmal Zonen definieren. Welche Zonen gibt es, die von aussen an die Fernwärme angeschlossen werden können und welche kann man eventuell von innen über die sogenannten Gebäudeinseln erschliessen. Man sollte sich einfach einmal an Lösungen annähern. Es muss nicht eine einzige Lösung für die ganze Altstadt sein



Christian Oehler, Präsident: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Erneuerbare Wärme für die Altstadt und die Vordere Vorstadt" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 11

Postulat 4e Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: 100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungersatz

Christian Oehler, Präsident: Am 30. Juni 2021 haben die Wohnerrätinnen und Wohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier (für die Grünen), Alexander Umbricht, Peter Jann (für die GLP) sowie Beatrice Klaus und Leona Klopfenstein (für die SP) das Postulat "100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungersatz" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Strategie auszuarbeiten, die sicherstellt, dass in Aarau ab 2025 jeder private Heizungersatz durch eine nicht-fossile Lösung erfolgt.

Mit Botschaft vom 13. Juni 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungersatz" wird überwiesen.

Urs Winzenried, Mitglied: Die SVP lehnt die Überweisung dieses Postulats einstimmig ab. Es handelt sich um ein extremes Postulat ohne echten Realitätsbezug. Ab 2025 soll jeder Privathaushalt in Aarau 100 Prozent nicht-fossile Lösungen erhalten. Das Postulat ist, bei allem Verständnis für Massnahmen für die Beseitigung von fossilen Heizungen, hin zu erneuerbaren Lösungen beim Heizungersatz, in der Forderung in der Absolutheit utopisch, rechtsstaatlich fraglich und auch in dieser Absolutheit unangemessen. Aarau verfügt ja über ein Förderprogramm Energie. Es sind Kommunikationskampagnen, Weitsicht und die Einführung eines Energie Portals vorgesehen und die Bevölkerung soll sensibilisiert werden, damit bei einem anstehenden Heizungersatz so rasch als möglich die Frage gestellt wird, ob man vom fossilen Brennstoff weggehen kann. Die Bevölkerung wird nicht einfach sich selbst überlassen. Es ist gut, dass sich die Stadt dort einsetzt, wo es möglich ist. Aber dieses Ziel mit Zwang und innerhalb von 3 Jahren jetzt in der ganzen Stadt erreichen zu wollen, ist einfach nicht ganz realitätskonform. Zudem gibt es ja auch noch ein übergeordnetes Recht von Bund und Kanton. Dieses wird von den Postulanten völlig ausgeblendet. Wir sind einmal mehr ein wenig erstaunt, dass der Stadtrat – trotz den Vorbehalten, die er offenbar selbst auch hat – das Postulat zur Überweisung empfiehlt.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Wohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "100 Prozent erneuerbare Lösungen beim Heizungersatz" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 12

Postulat 4f Grüne, Grünliberale, SP, EVP/EW: Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 reichten die Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart, Thomas Waldmeier, Alexander Umbricht, Peter Jann, Beatrice Klaus und Leona Klopfenstein das Postulat "Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier" ein mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird aufgefordert, bei der Umsetzung des Netto-Null-Ziels für städtische Liegenschaften systematisch das Gespräch mit den Nachbarliegenschaften zu suchen und grössere Gemeinschaftsprojekte umzusetzen, wo Interesse besteht. Drei Felder mit hohem ökologischem und ökonomischem Potenzial sind dabei besonders zu berücksichtigen:

- *gemeinschaftliche Wärmepumpen*
- *Kleinwärmeverbünde ausserhalb des Fernwärmenetzes*
- *gemeinschaftliche Photovoltaik-Anlagen mit Speicher und Zusammenschluss zum Eigenverbrauch*

Wo nötig und langfristig rentabel, soll die Stadt bei solchen gemeinschaftlichen Projekten Planungs- und Baukosten auch für Nachbarliegenschaften vorschliessen.

Mit Botschaft vom 12. September 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat 4f, "Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier" wird überwiesen.

Urs Winzenried, Mitglied: Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses Postulats einstimmig ab. Auch dieses Postulat ist extrem und sachlich nicht nötig. Der Stadtrat braucht keinen verbindlichen Auftrag, das Gespräch mit Eigentümern von Nachbarliegenschaften von städtischen Liegenschaften zu führen. Das macht er so oder so. Der Stadtrat handelt, wenn es sinnvoll ist und wenn es nach den städtischen Klimastrategievorgaben auch wirklich etwas bringt. Die Anbindung von möglichst vielen Liegenschaften an die Fernwärme und das Kältenetz der Eniwa ist heute gelebte Praxis in der Stadt. Es braucht deshalb kein separates Postulat. Rechtsstaatlich mindestens fraglich sind die von den Postulanten geforderten Vorschüsse von Planungs- und Baukosten für die Nachbarliegenschaften von städtischen Liegenschaften. Richtigerweise stellt der Stadtrat in seiner Botschaft fest, dass es eigentlich nicht Aufgabe des Stadtrates ist, Energiedienstleisterin zu sein und er weist auch auf die entsprechenden Konzessionsverträge. Auch bei diesem Postulat ist die Fraktion der SVP erstaunt, dass der Stadtrat – trotz den Vorbehalten in der Botschaft – das Postulat zur Annahme empfiehlt.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Man kann das Postulat wirklich überweisen. Ich sehe die Vorbehalte nicht, die Urs Winzenried aus unserer Botschaft liest. Wir sind bereits in diesem Stil unterwegs, namentlich beim Pflegeheim Golatti, für welches ja ein Anschluss geplant ist. Diesbezüglich sind wir selbstverständlich mit den Leuten, für welche ein Anschluss geplant ist, im Gespräch. Wenn man schon eine Leitung dorthin zieht, macht es Sinn, dass



sich die Anlieger mit kostengünstigen Wirkungen am Vorhaben beteiligen können. Solche Vorkehren sind selbstverständlich. Wir möchten beispielsweise versuchen, auch das Feuerwehrmagazin, welches etwas ausserhalb liegt, mit erneuerbarer Energie zu heizen. Dazu existiert im Aarepark eine Initiative von Anwohnern. Solche Initiativen sind wichtig. Überall dort, wo Umsetzungen durch die Stadt möglich sind, sollte man auch mit den umliegenden Interessierten ins Gespräch kommen. Das wurde eben in der Altstadt vorgenommen. Bei vielen Altstadtbewohnern ist das Bedürfnis nach einem solchen Anschluss vorhanden. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich die Stadt auch entsprechend verhält und so auch entsprechend kommuniziert. Dabei geht es nicht nur um den Anschluss an die Fernwärme. Es geht auch möglicherweise um die Frage, ob es alternative Lösungen gibt, denn von den 126 Liegenschaften, welche im Besitz der Stadt sind, können aus verschiedenen Gründen nicht alle an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Es braucht dort dann Einzellösungen. Deshalb macht es erst recht Sinn, dass man vielleicht mit Interessierten ins Gespräch kommt. Wir haben somit überhaupt kein Problem und auch keine Vorbehalte, den Vorstoss zur Überweisung zu empfehlen.

Christian Oehler, Präsident: Da das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Städtische Liegenschaften als Keimzellen für Klimaneutralität im Quartier" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 13

Postulat Aaron Bürki (SP): Gemeinschaftsstrassen während den Sommerferien

Christian Oehler, Präsident: Am 18. Oktober 2021 hat Einwohnerrat Aaron Bürki für die SP-Fraktion das Postulat "Gemeinschaftsstrassen während den Sommerferien" eingereicht mit folgendem

Antrag

Die Postulantinnen und Postulanten bitten den Stadtrat:

- 1. Geeignete Quartierstrassen oder Strassenabschnitte zu definieren, die während den Sommerferien temporär als Ferienstrassen und Aufenthaltsorte gestaltet werden können.*
- 2. Bei der Gestaltung und Nutzung die jeweiligen Anwohnenden und das ansässige Gewerbe miteinzubeziehen, sowohl in der Vorbereitung wie auch in einer anschliessenden Evaluation.*

Mit Botschaft vom 16. Mai 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Gemeinschaftsstrassen während den Sommerferien" wird überwiesen.

Aaron Bürki, Mitglied: Wie es der Name schon sagt, geht es in diesem Postulat um eine Projektidee, wie wir unsere Sommerferienzeit zuhause in unserem eigenen Quartier besser nutzen könnten. Wenn der Verkehr während den Sommerferien sowieso ein wenig abnimmt, könnte man den Platz vor der eigenen Haustüre ja gerade nutzen und die Strasse während den Sommerferien zu einem gemütlichen Aufenthaltsort umgestalten. Die Stadt Zürich hat mit ihrem Projekt "Brings uf d'Strass!", welches diesen Sommer schon zum dritten Mal durchgeführt wurde, sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Anwohner haben sich mit vollem Einsatz engagiert und ihre Quartierstrassen kurzerhand zu einem Gemeinschaftsbereich umfunktioniert, indem sie zum Beispiel selbstgemachte Hochbeete bepflanzt oder auf dem selbstgemachten Kiesplatz Boccia gespielt haben. Bis wir in Aarau soweit sind, braucht es zuerst aber noch viel Vorarbeit und Vorabklärungen, denn das Projekt soll von den Quartierbewohnern gestartet werden. Deshalb auch die beiden Anträge an den Stadtrat, zuerst geeignete Quartierstrassen zu definieren und anschliessend vor allem die Anwohner und auch das Gewerbe in Form einer Bedarfsabklärung miteinzubeziehen. Die Leute sollen ihre Wünsche, aber auch ihre Bedenken mitteilen können, so dass die Stadt einen Eindruck erhält, ob und wo die Anwohner ein solches Gemeinschaftsprojekt begrüssen. Bei einer möglichen Planung und Umsetzung ist es dann wichtig, die Anwohner und das Gewerbe im Boot zu haben und vor allem auch bei den allfälligen Durchführungen in den Sommerferien vor Ort zu sein und den Puls der Leute zu spüren. Die Umsetzung eines solchen Projekts braucht Zeit und die Einbindung aller Beteiligten. Aber der Einsatz lohnt sich und wer weiss, vielleicht kommt ein Teil der Aarauerninnen und Aarauern im nächsten Sommer in den Genuss einer Gemeinschaftsstrasse im Quartier, in welcher man bei einem organisierten Ping-Pong-Turnier mitmachen und später mit Brot und Cervelat in der Hand durch selbst gemachte Marktstände spazieren kann.

Fabienne Luder, Mitglied: Ich durfte einmal in Rio de Janeiro einen Austausch machen und dort gibt es jeden Sonntag einen autofreien Sonntag an der Promenadenstrasse. Gute



zehn Kilometer sind dabei für jeglichen Autoverkehr gesperrt. Es war schön, dort zu sein und die Strasse ist wirklich anderweitig genutzt worden. Ich freue mich, dass der Stadtrat das Geschäft überweisen möchte und ich hoffe, dass der Einwohnerrat dieser Überweisung folgt, denn es ist wirklich eine coole Sache. Sicher ist das Projekt mit Arbeit und Zeit verbunden, aber es kann eine gute Sache werden.

Gabriela Werder, Mitglied: Auch wir von der FDP-Fraktion finden Naherholungsraum im Freien etwas sehr Wichtiges. Wir sind aber der Meinung, dass das Angebot hier in Aarau, besonders während den Sommerferien, schon sehr breit ist. Ausserdem finden wir auch, dass Aarau nicht mit einer Grossstadt zu vergleichen ist, in welcher eben Flächen im Freien nicht einfach zu Fuss zu erreichen sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass es bereits die Spielstrassen im Rahmen des Monamo-Projekts, wie im Postulat erwähnt, gibt. Aus diesem Grund finden wir, dass dort, wo ein lokales Bedürfnis besteht, dieses auch lokal angegangen werden sollte, zum Beispiel durch Quartiervereine oder eben durch das lokale Gewerbe. Es ist keine Aufgabe der Stadt. Wir werden das Postulat aus diesem Grund nicht überweisen.

Susanne Knörr, Mitglied: Aarau ist eine Gartenstadt. Wir haben viele Spielplätze, Grünflächen und rundum Wald. Weshalb wollen wir noch die Strassen gestalten und was wollen wir tun? Wir wollen darauf spielen oder vielleicht grillieren oder sogar "sünnele". Es liest sich so, als wolle man sämtlichen Verkehr von diesen Strassen verbannen. Das macht doch aber wenig Sinn, sind wir doch alle froh, wenn die Feuerwehr, der Krankenwagen, die Polizei und der Kehrwagen möglichst schnell nahe an den Ort des Geschehens fahren können. Die Gemeinschaftsstrassen bedeuten nämlich die Koexistenz von allen, anstelle Dominanz von einzelnen. Für das bessere Verständnis musste ich zuerst das Wort Ferienstrassen googeln. Ich würde Ihnen empfehlen, dies ebenfalls zu tun. Ein solches Vorhaben muss gut geplant sein. Der Aufwand muss gerechtfertigt sein und das Projekt sollte nicht nur für die Zeit der Sommerferien realisiert werden. Die Fraktion SVP lehnt deshalb die Überweisung ab.

Michael Schibli, Mitglied: Wir von der Zentrumsfraktion haben das Postulat mehrheitlich positiv und wohlwollend aufgenommen. In der Diskussion tauchte dann aber doch die eine oder andere Frage auf. Wie in der Botschaft bereits erwähnt, können die Strassen ja nicht gänzlich gesperrt werden. Blaulichtorganisationen, die Post, Paketlieferanten oder auch Bewohnerinnen und Bewohner mit Einschränkungen in der Mobilität, welche zum Beispiel auf Fahrzeuge angewiesen sind, müssen die Strassen jederzeit befahren können. Ein solch partizipativer Prozess ist zudem recht aufwendig. Diesbezüglich fragen wir uns schon, ob es nicht andere Projekte gäbe, bei welchen die Ressourcen besser eingesetzt werden könnten. Von der Zentrumsfraktion stimmt jeder nach seinen Präferenzen ab.

Christian Oehler, Präsident: Da das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Gemeinschaftsstrassen während den Sommerferien" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 keinem Referendum.



Traktandum 14

Bürgermotion Michael Schibli: Förderung der Aufrüstung von Ladeinfrastruktur in Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Gewerbeliegenschaften

Christian Oehler, Präsident: Die Bürgermotion von Michael Schibli "Förderung der Aufrüstung von Ladeinfrastruktur in Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Gewerbeliegenschaften" wurde mit Schreiben vom 29. Oktober 2022 zurückgezogen.



Traktandum 15

Postulat Laszlo Etesi, Ursula Funk, Alois Debrunner, Anja Kaufmann (SP): Eine vorausschauende, breit abgestützte und nachhaltige Stadtentwicklung für Aarau und seine Quartiere!

Christian Oehler, Präsident: Traktandum 15 Postulat von Laszlo Etesi "Eine vorausschauende, breit abgestützte und nachhaltige Stadtentwicklung für Aarau und seine Quartiere" wurde mit Schreiben vom 27. Oktober 2022 zurückgezogen.



Traktandum 16

Postulat Laszlo Etesi (SP), Beatrice Klaus (SP), Simone Silbereisen (SP), Ursula Funk (SP): "Barrierefreie Kommunikation in leicht verständlicher Sprache"

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Januar 2022 reichten die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Laszlo Etesi, Beatrice Klaus, Simone Silbereisen und Ursula Funk das Postulat "Barrierefreie Kommunikation in leicht verständlicher Sprache" ein mit folgendem

Antrag

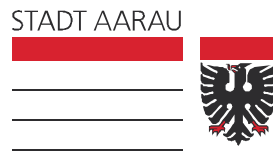
Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in welchen öffentlichen Bereichen der Stadtverwaltung die Information bzw. deren Kommunikation mit der Bevölkerung verbessert werden kann. Insbesondere in welchem Rahmen die Vermittlung von Informationen durch Einfache oder Leichte Sprache erleichtert werden könnte und sollte. In einem zweiten Schritt macht die Stadtverwaltung Pilotversuche mit der Einführung von Einfacher oder Leichter Sprache. Die Verwendung der Leichten Sprache wäre in Zukunft grundsätzlich zu bevorzugen.

Mit Botschaft vom 4. April 2022 nimmt der Stadtrat zum Postulat schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Barrierefreie Kommunikation in leicht verständlicher Sprache" wird nicht überwiesen.

Laszlo Etesi, Mitglied: Seit Jahren setzen wir uns alle gemeinsam dafür ein, mit normalerweise breiter Zustimmung von links bis rechts, bisher unbeachtete oder künstliche Hindernisse für alle Menschen in Aarau anzugehen und diese abzubauen, sei es für Menschen mit Beeinträchtigung oder auch ohne. Es geht dabei um Mobilität, das Führen eines selbstbestimmten Lebens und die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und dem öffentlichen Leben. Es geht um Inklusion und genau darum geht es auch in unserem Postulat zur barrierefreien Kommunikation. Laut der letzten OECD-Studie aus dem Jahr 2003 haben rund 16 Prozent der 16 bis 65-jährigen Menschen in der Schweiz grosse Mühe, sogar einfache Texte verstehen zu können. Heute sind es wahrscheinlich deutlich mehr, als vor 10 Jahren, wenn man das schlechte Abschneiden der Lesekompetenzen in der Pisastudie als Gradmesser nimmt. Auch verständlich geschriebene Texte, wie sie die Stadt Aarau im Leitfaden definiert, stellen für die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner immer noch ein grosses Verständnishindernis dar. Aus diesem Grund bitten wir den Stadtrat, die Leichte Sprache als Kommunikationsmittel zu prüfen, zu testen und dort, wo sie einen Beitrag zur Inklusion schaffen kann, als Pilotversuch einzuführen. Uns Postulantinnen und Postulanten geht es nicht darum, dass die Stadt ihre gesamte Webseite und ihre gesamte Kommunikation jetzt in Leichte Sprache übersetzt. Wir wünschen uns eine pragmatische Vorgehensweise mit einem Fokus auf die für den Menschen im täglichen Leben wichtigen Themen. Es gibt diverse Städte, Kantone und Institutionen, die bereits heute schon punktuell die Leichte Sprache eingeführt haben und schon jetzt Erfahrungen sammeln. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Ratgeber für Familien, für das Leben im Alter oder Informationen zum Kinder- und Erwachsenenschutz. Ausserdem könnte man sich in Aarau auf spezielle Anliegen fokussieren. Wie wäre es beispielsweise mit den Maienzugsinformationen in Leichter Sprache oder einer kleinen Willkommensbroschüre für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger? Oder nehmen wir doch kürzlich den via Post versandten Flyer zur angepassten Papier- und Kartonentsorgung. Ein kleiner QR-Code darauf könnte auf eine Webseite verlinken, auf welcher dann die Informationen auch in Leichter Sprache angeboten werden.



So könnte man dann auch gerade die erste Nutzung aufnehmen, aufzeichnen und später auswerten. Wir können nicht mit Bestimmtheit sagen, wie viele Mitbewohnerinnen und Mitbewohner von diesem Angebot in Leichter Sprache profitieren können. Es gibt aber viele Bedürfnisgruppen, die grundsätzlich profitieren können. Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, Menschen mit Deutsch als Fremdsprache, Menschen mit Lese- und Lernschwierigkeiten, aber auch ältere Menschen. Hat die Stadt Aarau nicht einen Auftrag, gegenüber Adressatinnen und Adressaten gerecht zu kommunizieren, die Inklusion zu fördern. Unser Postulat ist eine gute Möglichkeit, dieser Bedarfslage nachzugehen und eine adäquate Antwort für Aarau zu finden. Wir denken, in Anbetracht der Neugestaltung der Webseite der Stadt Aarau, ist der Zeitpunkt eigentlich nahezu ideal. Muss sich die Stadt im Rahmen dieser Neugestaltung nicht sowieso gewisse Fragen zur Kommunikation und den verschiedenen Bedürfnisgruppen stellen? Wieso kann sie sich nicht im gleichen Prozess auch gerade Gedanken darüber machen, wo und in welchem Rahmen die Leichte Sprache, punktuell und pragmatisch, als Pilotversuch eingeführt werden könnte? Abschliessend möchten wir etwas zur einfachen Sprache sagen. Auch wenn wir im Postulat schreiben, dass zukünftig die einfache Sprache zu begrüßen ist, wünschen wir uns, dass die Stadt den ersten Schritt jetzt mit der Leichten Sprache macht, Erfahrungen sammelt und dann bedarfsgerecht die nächsten Schritte plant. Wie einleitend bereits gesagt, sind wir der Überzeugung, dass alle hier im Saal ein Interesse daran haben, Schritt für Schritt unnötige Hürden abzubauen und das Führen eines selbstbestimmten Lebens und die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und am öffentlichen Leben zu fördern. Das stärkt auch die Eigenverantwortung. Machen wir jetzt gemeinsam den ersten Schritt zu einer besseren barrierefreien Kommunikation.

Simon Burger, Mitglied: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Die Stadt Aarau kommuniziert bereits heute in einer allgemein gut verständlichen Sprache. Weitere Vereinfachungen sind aus unserer Sicht nicht nötig. Es wird immer wieder Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geben, welche aus verschiedenen Gründen Verständnisschwierigkeiten haben, sei das aus sprachlichen, medizinischen oder intellektuellen Gründen, oder was auch immer. In diesen Fällen liegt es aber in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen, sich eben auch Hilfe zu besorgen. Wenn man aber beim Thema verständliche Sprache ist, will ich nicht unerwähnt lassen, dass in Einwohnerratsbotschaften finanzielle Auswirkungen von Projekten oftmals nur schwer nachvollziehbar sind. Die KIFF-Vorlage ist diesbezüglich ein schönes Beispiel. Auf den ersten Blick erscheint die Vorlage sehr abgerundet und nur bei sehr genauer Auseinandersetzung mit der Vorlage merkt man, dass das finanzielle Konzept nicht aufgeht. Diesbezüglich wäre es wünschbar, wenn der Stadtrat besser nachvollziehbar kommunizieren würde und wichtigen Aspekten, wie eben den Finanzen, auch den nötigen Raum einräumen, beziehungsweise eben im Bereich Finanzen in einer leicht verständlichen Sprache kommunizieren würde.

Fabio Mazzara, Mitglied: Eigentlich habe ich mir vorgenommen, das Votum in einfacher Sprache zu halten. Beim Schreiben ist mir aber nach wenigen Sätzen aufgefallen, dass es gar nicht so einfach ist und ich die Regeln vertieft studieren müsste. Zudem ist schwierig, eine differenzierte Aussage in Leichter Sprache zu tätigen. Mit diesen Erkenntnissen ist mir ein exemplarisches Beispiel dieser Problematik wiederfahren, welches wir an unserer Fraktionsgemeinschaftssitzung auch diskutiert haben. Wir sind uns einig, dass eine einfache oder Leichte Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder für Ausländerinnen und Ausländer eine Hilfe sein kann, Texte oder Inhalte zu verstehen. Es ist aber auch so, dass mit einfacher Sprache komplexe Thematiken schwierig zu kommunizieren sind. Ausserdem ist der Text dann so verfasst, dass es für Menschen ohne sprachliche Einschränkung schon fast irritierend simpel ist. Für mich persönlich erscheint es sinnvoll, in der Stadtverwaltung die einfache Sprache sehr punktuell in diesen Zielgruppen einzusetzen. Der Postulatstext ist bezüglich dem Umfang der Massnahmen nicht ganz klar, auch wenn dieser von Lazslo Etesi in seinem Votum und einem erhaltenen Mail entschärft wurde. Es



heisst, dass der Stadtrat zum Beispiel gebeten wird zu prüfen, in welchen Bereichen die Kommunikation verbessert werden kann. Das finde ich sinnvoll. Es steht aber auch, dass die Verwendung der Leichten Sprache in Zukunft grundsätzlich zu bevorzugen wäre und das sehe ich persönlich eher nicht. Allerdings handelt es sich nur um ein Postulat. Insofern kann man auch davon ausgehen, dass die Umsetzung in abgeschwächter Form erfolgen könnte. Die Meinungen zum Postulat sind in unserer Fraktionsgemeinschaft Pro Aarau und EVP, mit GLP und die Mitte nicht ganz einheitlich ausgefallen. Ich gehe davon aus, dass sich einige auch erst heute Abend, anhand der Voten, dafür oder dagegen entscheiden werden.

Fabienne Luder, Mitglied: Ich zitiere einen kurzen Text aus der Webseite der Stadt: "Eltern mit einer Kinderbetreuung und einer Kindertagesstätte ohne Kooperationsvereinbarung müssen darauf achten, dass sie nicht nur das erste Gesuch innert drei Monaten nach Beginn der Betreuung den Sozialen Diensten einreichen, sondern während der gesamten Betreuungszeit jeweils die Rechnung und den Zahlungsbeleg der Rechnung innert drei Monaten einreichen (beispielsweise die Rechnung des Monats April und den entsprechenden Zahlungsbeleg bis spätestens Ende Juni, die Rechnung des Monats Mai und den entsprechenden Zahlungsbeleg bis spätestens Ende Juli usw.)" Diese Information steht so auf der Homepage. Mich erinnert dies eher von der Länge her an einen Satz aus meiner Unilektüre und ist als Satz nicht für eine Stadtseite geeignet, den jeder verstehen sollte. Wenn in der Botschaft des Stadtrats steht, dass heute schon auf einfache Sprache gesetzt wird, dann würde ich diese Aussage verneinen. Ich stimme den Äusserungen von Laszlo Etesi zu. Eine verständliche Sprache ist für die Inklusion und die Selbstständigkeit sehr vieler Menschen, die in dieser Stadt wohnen, sehr wichtig, und zwar nicht nur für Menschen mit Behinderungen oder Ausländerinnen und Ausländer. Es gibt viele Leute in der Schweiz, welche nicht Deutsch können, aber trotzdem einen Schweizerpass besitzen. Man kann auf der Stadtseite auch die Sprache nicht auswählen. Es ist alles in deutscher Sprache abgefasst. Das ist ja schon generell ein Problem und wenn man dann nicht einmal die Leichte Sprache verwendet, empfinde ich dies als unkompromisshaft. Bei der Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) Aarau gibt es auf die Leichte Sprache geschultes Personal. Wie bereits erwähnt, geht es gar nicht darum, jeden einzelnen Text auf der Webseite der Stadt in Leichter Sprache zu veröffentlichen, sondern vor allem diejenigen Texte, die wichtig und einfach zugänglich sein sollten, sodass wir nicht einzelne Leute in dieser Gesellschaft benachteiligen. Es gibt beispielsweise die BAG-Webseite. Auf dieser wurde nämlich in der Coronazeit extra die Leichte Sprache eingeführt. Die Homepage des BAG beinhaltet verschiedene Möglichkeiten für Deutsch, Französisch, Englisch, Rätoromanisch, für die Leichte Sprache sowie für die Gebärdensprache. Man könnte sich dort gerne ein Beispiel daran nehmen. Aus all diesen Gründen sagt die Grüne Fraktion geschlossen ja zu diesem Postulat.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Dumm, faul, egoistisch und kurzfristig. Diese Attribute treffen nicht auf den Stadtrat zu, denn wir stellen fest, wie viel Arbeit der Stadtrat leistet und welche Verantwortung die Verwaltung schon übernommen hat. Viele der heute diskutierten Traktanden hat der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen gut ausgearbeitet. Weitere Anregungen kann er sicher noch mitnehmen. Aber auch die FDP hat ein Fragezeichen zur Anzahl der Anregungen und Vorstösse, die umgesetzt werden mussten. Das trifft auch auf dieses Postulat zu. Denn auch hier hat der Stadtrat schon sehr viele Verbesserungsmassnahmen umgesetzt und mit dem Leitfaden zur Weiterentwicklung und zur weiteren Optimierung bezüglich verständlicher und gendergerechter Sprache ein hilfreiches Tool für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Aarau und für die Kommunikationsplattformen verabschiedet. Dass man dies oder jenes noch verbessern kann, streiten wir nicht ab und sind uns dem bewusst. Wir denken, dass der Stadtrat das auch weiss und daran weiterarbeitet. Wir bezweifeln aber, dass dafür ein Postulat benötigt wird. Bei aller Sympathie für die vorgestellten und angeregten Pilotversuche stellt sich die Frage, ob



diese, sowie der Aufwand, wirklich gerechtfertigt sind. Aus diesen Gründen folgt die FDP dem Antrag des Stadtrates, das Postulat nicht zu überweisen.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Dem Stadtrat und der Verwaltung liegt viel daran, in jeder möglichen Variante, zielgruppenorientiert und verständlich zu kommunizieren. Sicher ist nicht alles perfekt und ich gehe davon aus, dass dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird, aber wir arbeiten stets daran. Wir haben Beispiele von beiden Seiten gehört, die zeigen, dass die Satzformulierung bei den Sozialen Diensten vermutlich nicht optimal gewesen ist. Wir haben jetzt aber einen Leitfaden erlassen. Wir haben eine Revision unserer Homepage geplant. Wir überlegen uns auch, ob man einzelne Seiten vielleicht auch noch in französischer, italienischer oder englischer Sprache abfassen soll. Wir haben in der Coronapandemie auch Balkan-Sprachen berücksichtigt. Wir sind sehr flexibel. Ich bitte Sie aber, jetzt nicht wieder irgendeinen Apparat mit einfacher, Leichter Sprache zu lancieren. Man hat jetzt schon Nuancierungen in der Interpretation des eigenen Postulates von Laszlo Etesi gehört. Die Formulierung ist tatsächlich anders und die entsprechende Erwartung wurde eben auch ein wenig anders gesetzt. Ich bitte Sie, das Postulat nicht zu unterstützen und verweise auf die Äusserungen von Fabio Mazzara, denn genau seine Überlegungen haben uns zur Ablehnung des Postulats bewogen.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Barrierefreie Kommunikation in leicht verständlicher Sprache" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs.2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 17

Motion Pascal Benz, Rainer Lüscher, Nicole Lehmann (FDP), Dieter Wicki (Die Mitte), Peter Jann (GLP): Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur

Christian Oehler, Präsident: Am 7. Februar 2022 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Pascal Benz, Rainer Lüscher, Nicole Lehmann (FDP), Dieter Wicki (Die Mitte), Peter Jann (GL) die Motion "Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, innerhalb der nächsten 10 Jahre Massnahmen zu ergreifen, um

- 1. Recyclingmaterial u.a. beim Bau von Strassen und Kunstbauten verstärkt (Anteil grösser als 50%) einzusetzen.*
- 2. die derzeit im Einsatz befindlichen Streusalze durch umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen.*

Mit Botschaft vom 9. Mai 2022 nimmt der Stadtrat zur Motion schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Auf die Motion "Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur" sei nicht einzutreten.

Am 27. Oktober 2022 wurde diese Motion in ein Postulat umgewandelt mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, folgende zwei Massnahmen umzusetzen:

- 1. Aus Asphalt oder Beton bestehende oder geplante Verkehrsinfrastruktur wie Strassen, Brücken und Wege sollen künftig zu mehr als 50 % Recyclingmaterial bestehen.*
- 2. Streusalz und Salzsole, welche der Winterdienst bisher für die Sicherung der Strassen und Wege gegen Eisglätte und Schnee eingesetzt hat, sollen durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden, sofern sich diese andernorts als tauglich erwiesen haben.*

Rainer Lüscher, Mitglied: Zwei unserer Motionäre sind nicht mehr im Einwohnerrat vertreten, namentlich Dieter Wicki und Pascal Benz. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung unserer inhaltlichen Anregungen. Wir können die Argumente des Stadtrates nachvollziehen. Destotrotz finden wir den Zeitpunkt gut, als Stadt eine Pionierrolle einzunehmen, weil die Gesetzgebung wahrscheinlich im 2026 oder 2028 ändert, indem die recycelbaren Anteile erhöht werden, weil es einfach keinen Platz mehr in den Deponien hat. Verbrennungen sind auch nicht ideal. Wir müssen mittelfristig Lösungen finden, bei welchen der recycelte Anteil im Deckbelag höher ist. Aktuell beträgt dieser 35 Prozent. Wir erachten 50 % als sinnvoll. Es soll einfach ein kleiner Beitrag geleistet werden, weil man nicht mehr weiss, wie vorzugehen ist. Man müsste neue Deponien realisieren. Das will aber niemand. Das kann man nicht und man darf es auch irgendwann nicht mehr. Wir werden gezwungen sein, irgendeine Kreislaufwirtschaft umzusetzen. Wenn man all die Dokumente, welche uns Pascal Benz zugestellt hat, durchliest, stellt man eindruckliche Werte fest. 3/4 aller Abfälle in der Schweiz stammen beispielsweise aus der Bauwirtschaft. Die Deponien sind voll, eine Verbrennung ist nicht ideal. Recycelte Deckbeläge haben den Nachteil,



dass diese weniger resistent gegen Salz sind. Deshalb muss man parallel dazu prüfen, ob alternative Stoffe für das Auftauen eingesetzt werden können. Eventuell Harn etc. Ich weiss nicht, welche Möglichkeiten es dafür gibt. Wir möchten keine zwingenden Vorschriften machen, möchten es aber einfach nicht verpassen, eine Pionierrolle einzunehmen. Aus diesem Grund bitten wir Sie, das Postulat zu überweisen.

Thomas Richner, Mitglied: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Die Kreislaufwirtschaft wird schon durch die Wirtschaft selbst ständig vorangetrieben. Aus dem eigenen beruflichen Umfeld weiss ich sehr gut, welche Massnahmen zur Erhöhung der Anteile recycelter Stoffe in Baumaterialien unternommen werden und auch wo die Grenzen liegen. Gerade bezüglich Kunstbauten sind 50 Prozent Recycling wahrscheinlich sehr überschätzt. Ich bevorzuge eher eine Brücke die hält, als eine Brücke mit 60 Prozent Recycling-Anteil. Wie bereits von Rainer Lüscher angesprochen, ist das Deponievolumen, speziell in der Schweiz, klein. Die Wirtschaft bemüht sich deshalb stark, möglichst viel zu recyceln. Es gibt beinahe keine Möglichkeit, Asphalt in der Schweiz aufzuarbeiten. Wir können das Material in Holland verbrennen lassen, aber in der Schweiz selbst ist das nicht möglich. Es wird also generell jetzt schon möglichst viel Recycling eingesetzt. Hinsichtlich Salz stehen offenbar noch keine guten Alternativen zur Verfügung, welche zugelassen sind und auf den normalen städtischen Strassen eingesetzt werden können. Die Diskussion in den Dokumenten zum Kalzium-Magnesium-Acetat ist auch schon über 5 Jahre alt und es ist immer noch nicht zugelassen. Somit finde ich es ein wenig übertrieben oder vermessen, wenn die Stadt glauben soll, jetzt eine Vorreiterrolle einzunehmen, Versuche durchführt, Materialien entwickelt und dazu beim BAFU eine Bewilligung einholt. Wir sind, wie der Stadtrat der Meinung, dass die inhaltlichen Forderungen also unbegründet sind und unterstützen deshalb das Postulat nicht.

Nora Riss, Mitglied: Die SP schliesst sich den Voten des Vorredners an. Wir erachten das Thema zwar als unterstützungswürdig, können aber die Ausführungen des Stadtrats zu den technischen Möglichkeiten bezüglich Recyclingmaterial und Alternativen zu Streusalz nachvollziehen und unterstützen das Postulat deshalb nicht.

Peter Jann, Mitglied: Es war nicht einfach, den ganzen Text und alle detaillierten Angaben nachzuvollziehen, auch wenn es relativ einfach geschrieben ist. Es handelt sich eben um eine komplexe Materie. Ich habe beim Durchlesen der stadträtlichen Botschaft gelernt, dass eine Asphaltfläche nicht einfach ein Deckel auf der Strasse ist, sondern eine komplizierte Angelegenheit. Beim Streusalz ist das ebenso. Es reicht nicht, mit dem Salzsteuer irgendetwas auf die Strasse zu werfen, damit man diese gefahrlos befahren und passieren kann. Ich danke deshalb der Stadt auch für die ausführliche Antwort, welche trotz der nicht Motionsfähigkeit des Vorstosses unterbreitet wurde. Wir haben nicht zuletzt aufgrund des Hinweises auf die fallweise Prüfung unser Anliegen in ein Postulat umformuliert. Die Stadt hegt einige Bedenken gegen den hohen Recyclinganteil. Wir haben beim Kanton nachgefragt. Die Antwort dieser Instanz fiel weniger kritisch aus, oder zumindest wir als Laien beurteilen die Antwort der Fachpersonen in diese Richtung. Wie auch immer. Wir denken, dass da auch eine Fachperson grundsätzlich die Antwort des Kantons ebenso einschätzen müsste. In diesem Sinne würden wir es trotzdem begrüßen, wenn der Einwohnerrat das Postulat verabschieden würde und die Stadt das Anliegen noch einmal aufnehmen könnte, um den fachlichen Abgleich vorzunehmen. Es trifft vermutlich zu, dass die Thematik beim Salz noch komplexer ist. Es gibt wohl für jeden Standort, für jede Temperatur, für jede Wetterlage und für jeden Schneezustand wahrscheinlich eine optimale Lösung, dass man diese immer optimal trifft, ist wahrscheinlich unmöglich. Also eine perfekte Lösung gibt es nicht. Nichtsdestotrotz kann der Stadtrat das Postulat zum Anlass nehmen, die bestehenden Abläufe einmal zu überdenken und sich zu überlegen, wo man wie viel Salz einsetzen muss. Dies im Sinne eines regelmässigen Controllings. Machen wir



das Richtige am richtigen Ort mit der richtigen Substanz? Aufgrund dieser Überlegungen bitten wir Sie, den Vorstoss als Postulat anzunehmen. Ich denke, bei einem Postulat hat die Stadt immer noch einen grossen Freiraum, diesbezüglich auch eine gute Lösung vorzuschlagen.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, auch das Postulat nicht zu überweisen. Die Abweisung erfolgt aus denselben Gründen, wie wir sie bereits schriftlich dargelegt haben. Beim Thema Recyclingmaterial verweisen wir auf die technischen Normen. Wir tauschen uns diesbezüglich auch immer wieder mit dem Kanton aus und passen uns dem Stand der Technik an. Wir prüfen deshalb – unabhängig dieses Postulats – ob wir bei den verschiedenen Schichten dieser Tiefbauten den Anteil von Recyclingmaterial in Einzelfällen erhöhen können. Dasselbe gilt beim Thema Streusalz. Ich habe mir die in der Begründung des Postulats erwähnte Homepage, Naturschutz.ch, angeschaut. Ich vertrete die Meinung, dass das Streusalzanliegen zur falschen Zeit kommt. Heute haben wir das Problem, dass die Winter zu warm und die Sommer zu heiss sind. Es ist einfach ein Unterschied, ob Streusalz in Hammerfest, oben am Nordpol, den ganzen Winter ausgebracht wird, oder bei uns, ca. zwei- bis dreimal im Winter Streusalz verwendet wird. Die Streusalzproblematik, bezogen auf die Natur, ist eine Frage der Konzentration des Salzes im Boden. Diesbezüglich haben wir in unseren Breitengraden und bei den warmen Wintern und unseren Meereshöhen – bezogen auf die Natur – keinen Wissensstand. Wir haben am Samstag in Aarau Rohr einen Klimaspaziergang vorgenommen. Dort hat uns ein Landschaftsarchitekt empfohlen, im Strassenraum nicht mehr die einheimische Stieleiche, sondern die Zerleiche zu pflanzen, welche einerseits mehr Wärme im Sommer erträgt und im Winter dann – wenn gesalzen wird – mehr Widerstandskraft aufweist. Ich danke Ihnen für die Nicht-Überweisung dieses Postulats.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 15 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Auf das Postulat "Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur" wird nicht eingetreten.

Nicola Müller, Mitglied: Der Präsident hat nun darüber abstimmen lassen, ob auf das Geschäft eingetreten werden soll oder nicht. Bei einer Umwandlung einer Motion in ein Postulat stellt sich diese Frage aber nicht mehr, sondern lediglich die Frage des Überweisens oder des Nichtüberweisens.

Christian Oehler, Präsident: Im Sinne eines korrekten Ablaufs wiederhole ich die

Abstimmung

Antrag Stadtrat

Das Postulat "Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur" sei nicht zu überweisen.



Der Einwohnerrat fasst mit 14 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Postulat "Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur" wird nicht überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 18

Motion Pascal Benz (FDP): Nutzungsneutrale städtische Liegenschaften

Christian Oehler, Präsident: Am 22. Februar 2022 reichte Einwohnerrat Pascal Benz die Motion "Nutzungsneutrale städtische Liegenschaften" ein mit folgendem

Antrag

Sanierungen und Neubauten von städtischen Liegenschaften sollen nutzungsneutral/flexibel umgesetzt werden, sofern dies mit den gesetzlichen Auflagen vereinbar ist.

Mit Botschaft vom 12. September 2022 nimmt der Stadtrat zur Motion schriftlich Stellung mit folgendem

Antrag

Die Motion "Nutzungsneutrale städtische Liegenschaften" wird überwiesen.

Da der Motionär nicht mehr im Einwohnerrat vertreten ist und niemand von der FDP das Wort wünscht, gelangen wir zur Diskussion.

Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Die vorliegende Motion ist inhaltlich ganz im Sinne der grünen Fraktion. Wir sind der Meinung, dass ein guter Teil des Motionsbegehrens bereits umgesetzt wird. Beispielsweise beim ehemaligen GastroSocial-Gebäude an der Heinerich-Wirri-Strasse 3. Uns hat aber die Form des Vorstosses erstaunt, beziehungsweise haben wir uns gefragt, ob die Motion überhaupt motionsfähig ist. Ich musste es mindestens dreimal lesen, bis ich glauben konnte, dass tatsächlich nirgends festgehalten wird, wo es festgeschrieben wird. Meine Anfrage bei der Stadt hat dann ergeben, dass man davon ausgehe, dass nutzungsneutrale Sanierungen zu höheren Kosten führen und dass man die Motion deshalb als motionsfähig erachtet. Diese Antwort hat uns erstaunt. Wenn wir jetzt diese Motion überweisen ist völlig unklar, wer eigentlich der Adressat dieser Motion ist. Einerseits können wir diese nun zwar starten, aber wie wollen wir dann überhaupt kontrollieren, ob die Motion umgesetzt wird, wenn wir gar nicht wissen, wo das letztlich festgeschrieben ist. Es ist nicht wirklich eine nachhaltige Form dieses Vorstosses. Wir stellten uns die Frage, ob wir die Motion tatsächlich in dieser Form überweisen wollen. Die grüne Fraktion vertritt aber die Meinung, dieser Motion zuzustimmen. Wir hoffen aber, dass es solche Beispiele nicht mehr gibt.

Nicola Müller, Mitglied: Die SP unterstützt den vorliegenden Vorstoss auch, solange er im Sinne der stadträtlichen Erwägungen umgesetzt wird, das heisst, so lange die Strategie weiterhin, wie bis anhin, gefahren wird. Die Argumentation des Stadtrats in Bezug auf die Abgrenzung der beiden Begriffe nutzungsneutral und nutzungsflexibel erscheint uns logisch. Eine nutzungsflexible Bauweise scheint auch uns durchaus sinnvoll und unterstützenswert. Eine nutzungsneutrale Bauweise hingegen – aufgrund der vom Stadtrat dargelegten Gründe – eben nicht. So viel zum materiellen Teil. Bezüglich des formellen Teils kann ich mich den Äusserungen von Petra Ohnsorg anschliessen. Ich habe den Vorstoss auch gelesen und zuerst einmal ein grosses Fragezeichen zur Motionsfähigkeit gemacht. Ich bin froh, ist es nicht nur mir so ergangen. Es geht nicht um ein Stadtrats-Bashing oder so. Ich erhalte jedoch je länger je mehr den Eindruck, dass man die Frage der Motionsfähigkeit vor allem in den Vordergrund stellt, wenn man mit dem Vorstoss nicht wirklich glücklich ist, oder man schaut andernfalls darüber hinweg und prüft diesen nicht richtig.



Das zeigt wieder einmal mehr ganz deutlich, wie wichtig es ist, dass wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte die Einschätzung des Stadtrats hinsichtlich der Motionsfähigkeit eben nicht sofort, quasi als absolute Wahrheit, annehmen, sondern dass man diese immer kritisch hinterfragt und letztlich auch selbst entscheidet, was motionsfähig ist. Das ist auch ein Teil unserer Aufgabe.

Susanne Heuberger, Mitglied: Es herrscht hier drinnen ein Konsens, dass eine nachhaltige Entwicklung im Baubereich vorangetrieben werden muss. Das wird aber in der Stadt Aarau schon gemacht. Der Stadtrat sagt selbst, dass er auch Ziele definiert hat, die sich an diesen kantonalen Betriebsstandards orientieren. Wir haben uns gefragt, ob es einen Vorstoss braucht, wenn der Stadtrat schon proaktiv unterwegs ist. Wir sagen deshalb nein zu dieser Motion. Es wird schon gehandelt. Punkto dieser nutzungsflexiblen Forderungen bei den Projekten ist das Bewusstsein des Stadtrats vorhanden. Ob es immer umsetzbar ist, ist fraglich, denn es bestehen gesetzliche Auflagen, welche eine Umsetzung nicht immer möglich machen, namentlich bei Zonenüberschneidungen oder Zonenplankonformität. Diese Motion ist aufgrund des Anliegens unterstützungswürdig. Sie wird aber vom Stadtrat schon umgesetzt. Deshalb braucht es keinen weiteren Vorstoss. Die SVP unterstützt diesen Vorstoss deshalb nicht.

Christian Oehler, Präsident: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Motion "Nutzungsneutrale städtische Liegenschaften" wird überwiesen

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 19

Kreditabrechnung Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 8. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 1'200'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 1'013'774.57 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 186'225.43, das sind 15.52 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Div. Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 20

Kreditabrechnung Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanierung und Mieterausbau

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 8. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanierung und Mieterausbau". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 4'515'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 5'038'959.75 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 523'959.75, das sind 11.60 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanierung und Mieterausbau" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 21

Kreditabrechnung Kreuzplatz, Instandstellung Tunneleinfahrt bis Gais-Kreisel

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 8. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Kreuzplatz, Instandstellung Tunneleinfahrt bis Gaiskreisel". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 650'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 527'349.10 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 122'650.90, das sind 18.87 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung. Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Kreuzplatz, Instandstellung Tunneleinfahrt bis Gaiskreisel" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 22

Kreditabrechnung Dufourstrasse, Kanalisationserneuerung

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 8. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Dufourstrasse, Kanalisationserneuerung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 1'200'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 830'703.40 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 369'296.60, das sind 30.77 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Dufourstrasse, Kanalisationserneuerung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 23

Kreditabrechnung Igelweid, Sanierung, Oberflächenaufwertung

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 8. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Igelweid, Sanierung, Oberflächenaufwertung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 220'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 219'074.60 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 925.40, das sind 0.42 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Igelweid, Sanierung, Oberflächenaufwertung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 24

Kreditabrechnung Igelweid, Kanalisationserneuerung

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 22. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Igelweid, Kanalisationserneuerung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 670'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 668'766.35 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 1'233.65, das sind 0.18 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Igelweid, Kanalisationserneuerung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 25

Kreditabrechnung Neubau 2 Unterflursysteme Altstadt

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 8. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Neubau 2 Unterflursysteme Altstadt". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 120'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 108'282.10 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 11'717.90, das sind 9.7 %.

Die Kreditabrechnung wurde von der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 geprüft. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Neubau 2 Unterflursysteme Altstadt" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 26

Kreditabrechnung Lerchenweg (Gotthelfstrasse - Brügglifeldweg), Kanalisationserneuerung

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 22. August 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Lerchenweg (Gotthelfstrasse – Brügglifeldweg), Kanalisationserneuerung. Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 375'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 254'496.75 ab. Es resultiert eine Kreditunter-schreitung von Fr. 120'503.25, das sind 32.13 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2022 zur Prüfung vor. Sie beantragt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Nachdem keine Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Lerchenweg (Gotthelfstrasse – Brügglifeldweg), Kanalisationserneuerung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Vielen Dank für die speditive Sitzung. Wir können somit auf die morgige Sitzung verzichten. Wir werden uns aber am Montag, 7. November 2022 zum Jubiläumsanlass 50 Jahre Einwohnerrat im KUK sehen. Ich freue mich über ein vollzähliges Erscheinen.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Christian Oehler

Der Protokollführer:
Stefan Berner